

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Klaus von Beyme: Liberalismus. Theorien des Liberalismus und Radikalismus im Zeitalter der Ideologien 1789–1945.

Wiesbaden: Springer VS Fachmedien, 2013, 328 S., 4 Tab., ISBN: 978-3-658-03052-0

Welchen Beitrag leisteten bestimmte „originelle“ Denker in Europa zur Entstehung und Entwicklung der politischen Theorien im Zeitalter der Ideologien von 1789 bis 1945? In welchem Verhältnis standen „die drei wichtigsten ideologischen Strömungen, die eine reiche Literatur zur Theorie der Politik hervorbrachten, Liberalismus und Konservatismus und Sozialismus“ in diesem Zeitraum zueinander, und wie konnte sich insbesondere der Liberalismus als politische Ideologie von den beiden anderen „Großideologien“ absetzen? Welche politischen Theorien und nationalen Schulen der Politik brachte der Liberalismus vom Ende des 18. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts in einzelnen europäischen Ländern hervor? Welchen Einfluss hatten die liberalen Denker „auf die politische Szene europäischer Nationalstaaten“, und welche Beziehung unterhielten sie zu den mit ihren ideologischen Positionen verbundenen „sozialen Bewegungen [...], die zu ihrer Zeit ‚neu‘ waren“, und zu den entsprechenden, sich „in den europäischen Ländern sehr unterschiedlich“ entwickelnden liberalen und radikalen Parteien (S. 19 f., 40, 321, 325)? Diese und weitere Leitfragen verfolgt der bekannte Politikwissenschaftler Klaus von Beyme in seinem neuen Buch „Liberalismus. Theorien des Liberalismus und Radikalismus im Zeitalter der Ideologien 1789–1945“, das auf der überarbeiteten und in der Literaturlauswertung aktualisierten Fassung seiner monumentalen Abhandlung „Politische Theorien im Zeitalter der Ideologien. 1789–1945“ aus dem Jahr 2002 beruht und einen Teil des auf drei Bände angelegten Überblickswerkes zu den verschiedenen politischen Ideologien bildet, von denen die beiden anderen Bände zum „Sozialismus“ und „Konservatismus“ schon erschienen sind.¹

Aufbauend auf umfangreichen Überlegungen zur historischen Entwicklung politischer Theorien, zur Definition der „Grundbegriffe der Theorie der Politik“ und ihres Wandels in der „Sattelzeit“ zwischen 1750 und 1850, zu den Unterschieden und Gemeinsamkeiten der Theorieentwicklung in den europäischen Nationalstaaten sowie zur Ausdifferenzierung der „Parteiungen in den großen Revolutionen“ und „der drei Großideologien mit ihren Unterströmungen“ in der Moderne (S. 25, 35, 42), setzt der Emeritus der Universität Heidelberg in seinem gehaltvollen Lehrbuch (das für Studierende als Einstieg in die Materie genauso geeignet ist wie für Dozenten und einschlägig vorgebildete, für substantielle Überblicke und wichtige Detailinformationen dankbare Fachleute der Geschichts- und Politikwissenschaften) einen größeren inhaltlichen Schwerpunkt auf das „lange“ 19. Jahrhundert und konzentriert sich auf die Darlegung des Geschehens in fünf europäischen Ländern, nämlich in England, Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien. In drei übergeordneten Abschnitten und 13 speziell zugeschnittenen

¹ Vgl. dazu: Klaus von Beyme: Theorien des Konservatismus und Rechtsextremismus im Zeitalter der Ideologien 1789–1945 und ders.: Theorien des Sozialismus, Anarchismus und Kommunismus im Zeitalter der Ideologien 1789–1945, jeweils Wiesbaden 2013 sowie das 1.001 Seiten umfassende Ausgangswerk: Ders.: Politische Theorien im Zeitalter der Ideologien 1789–1945. Wiesbaden 2002.

Kapiteln stellt er rund 65 liberale und radikale Theoretiker vor – darunter Universitätslehrer, Pädagogen, Praktiker der Politik, das heißt Staatsdiener aus der Administration oder Repräsentanten in Parlamenten und Ständeversammlungen, ferner Parteiführer, „Berufsrevolutionäre“, Aristokraten mit Vermögen und die „freischwebende Intelligenz“ wie Publizisten und Anwälte (S. 36) – und präsentiert in knappen biographischen Porträts ihr Leben und Wirken sowie in gestrafften Analysen des zentralen Schrifttums die Grundzüge ihrer Weltanschauungen, Denkmodelle und Lehren.

Dabei gelingt es von Beyme, ein Panorama an Denkern und Theorien von der Amerikanischen und Französischen Revolution bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs und bis zur Konsolidierung der frühen Bundesrepublik und der bipolaren Weltordnung auszubreiten. Es erfasst für die Epoche der Französischen Revolution und des napoleonischen Empire so unterschiedliche historische Persönlichkeiten wie den Aufklärungsphilosophen Marie Jean Antoine Marquis de Condorcet, den Wortführer des „Dritten Standes“, Verfasser der berühmten Schrift „Qu'est-ce que le tiers état?“ von 1789 und einen der „einflussreichsten Verfassungstheoretiker des 19. Jahrhunderts“, Emmanuel Joseph Sieyès, die englische radikale Feministin Mary Wollstonecraft, die „zur Ikone einer späten feministischen Wiederentdeckung“ wurde, und einen der Väter der Amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung, Anhänger der repräsentativen Demokratie und Autor der später zur Schullektüre avancierenden verfassungsrechtlichen Schrift „Rights of Man“, Thomas Paine. In diesen zeitlichen Abschnitt werden auch die deutschen Jakobiner Johann Benjamin Erhard, Andreas Georg Friedrich Rebmann und einer der führenden Politiker der Mainzer Republik von 1792/93, Johann Georg Forster, die Vertreter des deutschen Idealismus Immanuel Kant, der junge Johann Gottlieb Fichte und der „vergleichsweise Konservativste der drei großen idealistischen Philosophen“, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, und – nicht zu vergessen – der preußische Bildungsreformer und Staatsmann Wilhelm von Humboldt eingeordnet, dessen „Denkschriften-liberalismus“ und seine Abhandlung zu den „Ideen über die eigentlichen Grenzen der Wirksamkeit des Staates“ sein „liberales Verständnis der Gesellschaft freier Bürger“ und seine Vorstellungen zur Verfassung der konstitutionellen Monarchie deutlich zum Ausdruck brachten (S. 71, 75, 99, 108).

Mit Blick auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts schildert von Beyme für Deutschland sodann die Lebenswege, politischen Karrieren und ideologischen Profile der sich einem „nachholenden Radikalismus“ verschriebenen Linkshegelianer wie des Theologen Bruno Bauer, der in den 1840er Jahren, anders als radikale Hegelianer, „die Philosophie nicht in die Tat [...], sondern in Kritik“ umsetzen wollte, sich in der Folge ganz dem Metier der Kritik und der politischen Geschichtsschreibung zuwandte und später als Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“ konservativ wurde. Oder er nimmt sich hier des Philosophen, Herausgebers der „Deutsch-französischen Jahrbücher“ und Abgeordneten in der deutschen Nationalversammlung von 1848/49, Arnold Ruge an, der als Republikaner einem Ideal „mit allgemeiner Partizipation, allgemeinem Wahlrecht und völliger Freiheit der Kritik und der Presse“ anhing und zugleich einen „Patriotismus in Freiheit“, der nur in Republiken wie den USA existieren könne, verkündete (S. 115, 119 f., 123).

„Kein Denker der Zeit der Restauration war international so einflussreich wie Constant“ (S. 127). Mit dieser Charakterisierung leitet der Autor in einem weiteren Schritt zu den Theoretikern in Frankreich über: Hier rechnet er den erwähnten Benjamin Constant de Rebeque – der sowohl den „liberalen Freiheitsbegriff“ und die Idee des Rechtsstaates genauer fasste, als auch „zeit- und ortsungebundene Prinzipien für eine Repräsentativverfassung“ und die Lehre vom *pouvoir neutre* als Beitrag zur Gewaltenteilungslehre entwickelte – und dessen Partnerin im Geiste, Germaine de Staël, zu den Vertretern des konstitutionellen Liberalismus. Hingegen zählt er die Gruppierung der *Doctrinaires* um François Guizot

und Pierre-Paul Royer-Collard zu den Konservativ-Liberalen, die als „Gegner des parlamentarischen Systems“ galten, sich zum Teil zum monarchischen Prinzip bekannten und „noch stärker als die Schule Constants die Sicherungen, die der neue Repräsentativstaat gegen die Versuchungen revolutionärer Volkssouveränität brauchte“, betonten (S. 128 f., 137).

Dass von Beyme sich darüber hinaus mit dem liberalen und später radikalen Katholizismus eines Félicité Robert de Lamennais und dem Liberal-Konservatismus von Alexis de Tocqueville beschäftigt, sich mit dem utilitaristischen Radikalismus in Großbritannien am Beispiel von Jeremy Bentham und John Stuart Mill auseinandersetzt und zudem ausführlich den konstitutionellen Liberalismus in Deutschland untersucht, und zwar exemplarisch anhand der Lehren des „politischen Professors“, Herausgebers des „Staatslexikons“ und Abgeordneten in der Zweiten Kammer des badischen Landtags, Karl von Rotteck, und des Historikers und Mitglieds des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung, Friedrich Christoph Dahlmann, zugleich Verfasser des Werkes „Die Politik, auf den Grund und das Maß der gegebenen Umstände zurück geführt“, das neben Rottecks „Staatslexikon“ „zur Bibel der Liberalen wurde“ (S. 166, 170), darauf kann an dieser Stelle nur kurz hingewiesen werden. Ähnliches gilt für die weitere Entwicklung der liberalen Theorie, für den wissenschaftlichen Diskurs um sie und für den Aufbau nationaler Schulen der Politik in einzelnen europäischen Staaten am Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Denn natürlich kann der Politologe auch für diesen Zeitraum bedeutende europäische Vordenker und Politiker des Liberalismus benennen und deren Vorstellungen, Theorien und Programme nachzeichnen – handelt es sich dabei nun um Herbert Spencer, Leonard Trelawny Hobhouse, Émile Durkheim, Friedrich Naumann, Max Weber, Karl Jaspers, Gaetano Mosca, Benedetto Croce oder José Ortega y Gasset.

Insgesamt gelingt es von Beyme, mit diesem Grundlagenwerk auf gekonnte und anregende Art und Weise dem Leser einen fachlich fundierten Überblick über die verschiedenen Ausformungen des Liberalismus und über die vorherrschenden Theorien über ihn in Europa, das heißt über die vorhandenen zahlreichen Richtungen, Strömungen, Bewegungen, Gruppierungen und Parteien vom rechten, konservativen bis zum linken, sozialen Liberalismus in den europäischen Ländern im Zeitalter der Ideologien zwischen ca. 1770/89 und 1945/55 zu vermitteln. Das Werk ist daher dem wissenschaftlich interessierten Staatsbürger ebenso wie dem kundigen Fachmann, sei er nun Ideenhistoriker oder Liberalismusforscher, dringend für eigene Studien und Forschungen zu empfehlen.

Leider weist das Buch ein paar inhaltliche und handwerkliche Mängel auf, die den positiven Gesamteindruck zwar nicht im Ganzen beeinträchtigen können, gleichwohl aber bei der Lektüre störend wirken und bei einer wünschenswerten Neuauflage behoben werden sollten: Zu nennen wäre hier zum einen das an mehreren Stellen unzureichende Lektorat. So führt die fehlende Durchsicht des Textes immer wieder zu Druckfehlern in Orthographie und Grammatik, zu Wortdoppelungen oder auch zu unvollständigen Sätzen (vgl. z. B. S. 57 f., 66, 68 f.). Dass dieses Werk aus einer anderen Abhandlung hervorgegangen ist, merkt der Leser zudem an Einschüben, die auf Abschnitte und Kapitel verweisen, die in der vorangegangenen Textfassung sicherlich zu finden sind, im vorliegenden Werk jedoch gänzlich fehlen und demzufolge bei der Überarbeitung nicht herausgekürzt worden sind. Der eindeutig extremste und auch ärgerlichste Fall stellt aber der etwas nachlässige Umgang mit einem Textbaustein in der Einleitung dar, was letztlich dazu führt, dass dort an zwei verschiedenen Stellen ein ganzer Abschnitt Wort für Wort wiederholt wird (vgl. dazu S. 18 f., S. 42).

Zum anderen lassen sich auch der ein oder andere falsche Sachverhalt und einzelne mittlerweile über

holte Aussagen und Deutungen feststellen, die zu korrigieren wären. So war etwa Friedrich Christoph Dahlmann keineswegs gebürtiger „Schleswig-Holsteiner“ und wurde nicht im Jahr 1795, sondern bereits 1785 in der mecklenburgischen Hansestadt Wismar geboren. Auch hat er nicht „in der Auseinandersetzung der Stände mit der dänischen Krone [...] vor allem die deutsche Staatswerdung betrieben“ (S. 171), sondern setzte sich als Hochschullehrer der Universität Kiel und als Sekretär der Fortwährenden Deputation der schleswig-holsteinischen Prälaten und Ritterschaft nach 1815 für die Bewahrung der traditionellen ständischen Rechte in den Herzogtümern ein und stritt gleichzeitig für eine Verfassung für Schleswig-Holstein und damit für dessen Unteilbarkeit nach dem von ihm so interpretierten Prinzip im Ripener Vertrag von 1460 sowie für die Zugehörigkeit der beiden Herzogtümer zum Deutschen Bund. Obwohl im Buch aktuelle Dahlmann-Biographien in dem entsprechenden Kapitel aufgeführt sind, kommt es zu diesen Ungenauigkeiten. Weitere Fehleinschätzungen, beispielsweise in der Beurteilung des deutschen Jakobinismus oder der Wirkungsweise des badischen Parlamentarismus im Vormärz, ferner die weitgehende Ausblendung der theoretischen Leistungen der liberalen und demokratischen Abgeordneten 1848/49 und der Paulskirchenlinken nach der Revolution sowie die fehlende Einbeziehung jüngerer Forschungsergebnisse zu Benjamin Constant lassen sich dagegen durch die Nichtberücksichtigung der einschlägigen Fachliteratur erklären; so fehlen zentrale Arbeiten von Susanne Lachenicht, Hans-Peter Becht, Christian Jansen, Peter Geiss und das Standardwerk zum Liberalismus von Jörn Leonhard².

Diese kritischen Bemerkungen sollen jedoch – und das muss an dieser Stelle noch einmal betont werden – keinesfalls die herausragende Gesamtleistung schmälern, die Klaus von Beyme mit seinem ungemein wichtigen, vielseitigen und facettenreichen Überblickswerk zu den Theorien des Liberalismus und Radikalismus vollbracht hat. Vielmehr möchte die Rezensentin diese als Anregungen verstanden wissen, damit sie bei einer eventuellen Neuauflage des Werkes berücksichtigt werden können. Denn von Beymes neuem Buch sind ausdrücklich viele interessierte und lernbegierige Leser in der heutigen Wissenschaft, Politik und Bildungsarbeit zu wünschen!

Dortmund/Bochum

Birgit Bublies-Godau

² Vgl. dazu: Hans-Peter Becht: Badischer Parlamentarismus 1819 bis 1870. Ein deutsches Parlament zwischen Reform und Revolution. Düsseldorf 2009; Peter Geiss: Der Schatten des Volkes. Benjamin Constant und die Anfänge liberaler Repräsentationskultur im Frankreich der Restaurationszeit 1814-1830. München 2011; Christian Jansen: Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche (1849-1867). Düsseldorf 1999; Susanne Lachenicht: Information und Propaganda. Die Presse deutscher Jakobiner im Elsaß (1791-1800). München 2004; Jörn Leonhard: Liberalismus. Zur historischen Semantik eines Deutungsmusters. München 2001.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Frank Bösch/Peter Hoeres (Hrsg.): Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart.

Göttingen: Wallstein 2013 (= Geschichte der Gegenwart, Band 8), 343 S., ISBN: 978-3-8353-1352-1

Lange Zeit herrschte die Meinung vor, dass die öffentlichen Medien keinen Einfluss auf die Außenpolitik haben. In einer exzellenten Einleitung des hier zu besprechenden Tagungsbandes, der dreizehn weitere Studien umfasst, haben Frank Bösch und Peter Hoeres den gesamten Forschungsstand zum Verhältnis von Diplomatie und Medien komprimiert und dennoch umfassend dargelegt. Die Herausgeber stellen eine symbiotische Interaktion zwischen Politikern und Medienberichterstattung fest und nehmen zwei Hypothesen in den Blick: 1. Allein der „Glaube an die Macht der Medien führte häufig zu tatsächlichen politischen Reaktionen und somit zu indirekten Medienwirkungen“. 2. Politiker versuchen immer wieder „Medien für ihre Außenpolitik zu nutzen, sie kooperativ oder mit Weisungen einzubeziehen“, was auf beiden Seiten zu „Eigendynamiken“, „die ebenfalls eher als indirekte Medienwirkung zu verstehen sind“, führen (S. 7). Die Auswertung tausender Umfragen stellte für die amerikanische öffentliche Meinung fest, dass diese relativ stabil und rational ist und Veränderungen aufgrund neuer Informationen sowie veränderter außenpolitischer Situationen herbeigeführt wurden. Gegenwartsorientierte Forschungen verstiegen sich meistens in theoretische Aussagen und Postulate oder zeigten kaum belastbare Ergebnisse, wie die Debatte um den „CNN-Effekt“ zeigt. Weil bisher Medienwirkungsforschung im Bereich Außenpolitik fehlen, und bisherige Studien sich häufig auf die Analyse der politischen Propaganda beschränken, sollte nun dieses Buch einschlägige Tagungsergebnisse präsentieren. Zugleich schließt der Band unmittelbar an das gestiegene Interesse an der Außenpolitik in Deutschland an, das durch die Studie „Das Amt“ über das Auswärtige Amt im Dritten Reich geweckt wurde.

Die dreizehn Beiträge der Historiker und Medienwissenschaftler umfassen die Epoche vom Krim-Krieg (1853 bis 1856) über die zwei Weltkriege bis hin zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr in unseren Tagen. Nun ist zwar Diplomatiegeschichte zweifelsohne keine Geschichte von Kriegen, aber nicht selten ging es bei diplomatischen Aktivitäten eben gerade um die Frage „Krieg oder Frieden“. Beiträge wie jene von Peter Hoeres über die Öffentlichkeit und die Atomwaffenpolitik in den 1960er Jahren oder von Tim Geiger über den NATO-Doppelbeschluss und die deutsche Friedensbewegung zeigen, welche innenpolitische Dimension die deutsche Presselandschaft einnimmt, wenn sie bi- oder multilaterale Beziehungen zum Thema ihrer Berichterstattung macht.

Medien spielten bereits in der frühen Neuzeit eine bedeutende Rolle für gesellschaftliche Veränderungen. Kaiser und Könige wussten bereits frühzeitig Flugschriften gezielt zu verbreiten. Bei den Zeitungen des 17. und 18. Jahrhunderts dominierten außenpolitische und vor allem militärische Nachrichten, während regionale Meldungen weniger als ein Zehntel des Umfangs ausmachten. Dass schon in der Frühneuzeit von staatlicher Seite Zeitungsinhalte dementiert wurden, belegt, dass die Zeitungen sehr wohl ein Bestandteil der Außenpolitik waren. Der Historiker Johannes Burkhardt stellte 1992 fest, dass

die Zeitungen den Dreißigjährigen Krieg vorangetrieben und sogar verlängert hätten. Zweifelsohne erhielten die Medien im ausgehenden 19. Jahrhundert eine neue Dynamik. Rolf Altmann macht an zahlreichen Konflikten fest, welchen Einfluss die britische Presse damals auf die Regierungspolitik nahm.

Andreas Rose vergleicht das Verhältnis von Politikern, Diplomaten und Journalisten in Deutschland und Großbritannien bis zum Jahre 1914. In Großbritannien hatte sich die Presse längst selbst zur vierten Staatsmacht deklariert. Es gab dort seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts vertraulichen Umgang mit Journalisten, um sie frühzeitig in Entscheidungen einzubinden und damit natürlich auch zu beeinflussen; das Hintergrundgespräch war hier entstanden. In Deutschland hingegen waren die Journalisten auf offizielle oder offiziöse Verlautbarungen angewiesen.

Friedrich Kießling konstatiert, dass um 1900 die starke Beachtung der Außenpolitik in den deutschen Medien erst dazu geführt habe, dass es verstärkte geheimdiplomatische Bemühungen gab. „Je mehr sich die Öffentlichkeit in die Außenpolitik einmischte, desto stärker versuchte die Diplomatie sensible Verhandlungen und äußere Angelegenheiten geheim zu halten“ (S. 23). Hingegen wird der Bonner Historiker Klaus Hildebrand korrigiert, der 1985 festgestellt hatte, dass die Öffentlichkeit „durchweg kriegereischer gesonnen“ war als die Regierung. Die unkontrollierten Einflüsse der Medien hätten verhindert, „unumgängliche Einsichten ins notwendige zu vollziehen“. Neuere Arbeiten zeigen jedoch, dass die Presse im Vorfeld des Ersten Weltkrieges eher eine deeskalierende Haltung eingenommen und sich gegen einen Krieg ausgesprochen habe (S. 24).

Die Phase des Ersten bis Zweiten Weltkrieges haben auch Bösch und Hoeres als Zeitalter des „zweiten dreißigjährigen Krieges“ bezeichnet (S. 25), ohne dieses Schlagwort zu erörtern. Neben je einem Beitrag über den Ersten und den Zweiten Weltkrieg wird von Karl Heinrich Pohl diskutiert, inwieweit Außenminister Gustav Stresemann schon als ein früher „Medienpolitiker“ betrachtet werden kann. Die Frage bietet sich an, weil sich Stresemann zuvor als Verleger und Journalist betätigt hatte und nun als Politiker mit Unterstützung von sozialdemokratischen Medien gegen rechtsextreme und kommunistische Zeitungen ankämpfen musste. Stresemann habe sich tatsächlich als glänzender Medienpolitiker erwiesen, der gegenüber den Journalisten erfolgreich für seine Politik eintrat, was insbesondere die ausländische Presse belegte. Dabei hat er offenbar auf die Medienarbeit des Auswärtigen Amtes keinen Einfluss ausgeübt.

„Grenzen der Öffentlichkeit“ zeigt Hermann Wentker am Beispiel der Außenpolitik der DDR, die weder gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten noch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland frei agieren konnte. „Westfernsehen“ war in der DDR abgesehen von einzelnen Regionen frei empfangbar. Wentker veranschaulicht, wie die Außenpolitik der DDR in einem „deutsch-deutschen Kommunikationsraum“ agierte, der eine Gefahr für Ost-Berlin darstellte. Es ging um Deutungshoheiten, die statt des DDR-Staatsfernsehens offenbar Westmedien übernahmen (S. 210).

In einem explizit historischen Buch mag es überraschen, dass sich zwei Beiträge auch mit der Gegenwart beschäftigen. Für die Berliner Republik, und hier insbesondere die Rot-Grüne-Regierung von Gerhard Schröder und Joschka Fischer, war – nach Manfred Görtemaker – eine Neuorientierung der Presse erfolgt, weil nun Informationsverdichtung und Informationsbeschleunigung die Pressearbeit veränderte. Ferner kamen erstmals offizielle Auslandseinsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes hinzu. Durch den 11. September 2001 wurden deutsche Soldaten sogar zur Abwehr des glo-

balen Terrorismus herangezogen. Trotzdem weigerte sich Bundeskanzler Schröder, sich im Irak-Krieg 2002, und Bundeskanzlerin Angela Merkel, sich 2011 in Libyen militärisch zu engagieren. Umfragen haben jeweils die Haltung der Bundesregierung gutgeheißen. Görtemaker konstatiert freilich, dass es schwierig ist, den Einfluss von öffentlicher und veröffentlichter Meinung im Einzelnen auszumachen. Es wird aber nicht belegt, ob tatsächlich die deutschen Medien, wie behauptet, gegen eine Beteiligung der Bundeswehr in Libyen plädiert hätten (S. 312).

Am Beispiel des Einsatzes amerikanischer Truppen in Somalia wird der „CNN-Effekt“ untersucht. Er besagt, dass die Live-Berichterstattung, also vor allem Fernsehbilder, auf neuartige Weise die Politiker zu Aussagen und Entscheidungen zwingt. Henrike Viehrig beurteilt zumindest kurzfristig den Stellenwert der Medien als nicht ausschlaggebend. Auf der Grundlage ihrer Umfragedaten stellt sie jedoch fest, dass bei zentralen Themen die Politik kaum gegen die öffentliche Meinung entscheiden könne, gerade bei anstehenden Wahlen. Das Internet spielte zu diesem Zeitpunkt noch keine Rolle. Allenfalls bei der Aufarbeitung bzw. Enthüllung von zurückliegenden Ereignissen.

Mit Kiran Klaus Patel wird festgestellt, dass „das zeitgenössisch als geheim Geltende [...] noch geheim als bisher“ werde (S. 34). Weil die Außenpolitik auch heute im wesentlichen auf den traditionellen Strukturen des Pressewesens basiert, können die Autoren Paradigmenwechsel, etwa durch die Einführung von Film, Radio, Fernsehen oder Internet nicht feststellen.

Berlin

Michael F. Feldkamp

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Wilhelm Bleek/Bernhard Lauer (Hrsg): Protestation des Gewissens. Die Rechtfertigungsschriften der Göttinger Sieben.

Kassel: Brüder Grimm-Gesellschaft, 2012, 208 S., ISBN: 978-3-940614-29-2

Bis zum Erscheinen dieses Buches stammte die letzte grundlegende „zitierwürdige“ Edition der Texte der „Göttinger Sieben“ aus dem Jahre 1934, die immerhin 1965 und 1987 jeweils nachgedruckt wurde. So ist es dankenswert, dass nun eine kritische Neuauflage vorgelegt worden ist, die auch den aktuellen Forschungsstand berücksichtigt. Mit Wilhelm Bleek „an Bord“ gelingt dieses. Er ist ein exzellenter Kenner der Epoche und hat über den schillerndsten der Göttinger Protestler von 1837, Friedrich Christoph Dahlmann, im Jahre 2010 eine umfangreiche und hoch gelobte Biografie vorgelegt. Die Göttinger Sieben stehen bis in unsere Zeit „pars pro toto“ für den Typus des unabhängigen und politisch engagierten Professors im deutschen Vormärz, wenn nicht sogar im 19. Jahrhundert, die auf der Suche nach einer „guten Verfassung“ waren. Ihr besonderes Verhältnis auch zur eigenen „Verfassungstreue“ stellten sie schon bei der Eingabe ihres Protestes am 18. November 1837 in den Mittelpunkt: Sie verwarnten sich nur gegen die einseitige Entbindung vom Verfassungseid durch den Monarchen, der damit seinen Willen über die Konstitution gestellt hatte – ein im Wortsinne willkürlicher Akt“ (S. 25).

Die Brüder Grimm-Gesellschaft e.V. hat den Editionsband der Rechtfertigungsschriften der sieben Göttinger Professoren herausgegeben. Es sind die Schriften von Friedrich Christoph Dahlmann, Wilhelm Eduard Albrecht, Jacob und Wilhelm Grimm, Heinrich Ewald und Georg Gottfried Gervinus. Der siebente Göttinger, Wilhelm Weber, publizierte keine Protestschrift; und die von Gervinus übrigens erschien als Vorrede zum dritten Band seiner deutschen Literaturgeschichte.

Die solide und gründliche Edition und Kommentierung der Texte wird abgerundet durch eine wissenschaftliche Einleitung durch Wilhelm Bleek (S. 9-38). Der ehemalige Professor für Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum stellt die Protestler vor und entwickelt vor den Augen des Lesers einfühlsam die Entstehungsgeschichte und den Kontext der Entstehung der Geschichte der Rechtfertigungsschriften.

Schon in seiner Dahlmann-Biografie hatte sich Bleek mit den kritischen Neubewertungen der Göttinger Sieben etwa durch Christoph Link und Wolfgang Sellert auseinandergesetzt, die vor einer „hartnäckigen Heldenverehrung“ (Hermann Wellenreuther, in: <<http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-22557>>) der Göttinger Professoren warnten. Bleek jedoch beschreibt aufgrund seiner eigenen intensiven Recherchen einfühlsam die staats- und verfassungsrechtlichen Besonderheiten, unter denen der Protest entstand und analysiert die Bedingungen der damaligen Verhältnisse (S. 20 ff.). So kann er den Stellenwert der Rechtfertigungsschriften im Leben eines jeden der Göttinger Sieben ansprechend einordnen.

Berlin

Michael F. Feldkamp

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Gregor Schöllgen: Deutsche Außenpolitik. Von 1945 bis zur Gegenwart.

München: Verlag C.H.Beck, 2013 (= Beck'sche Reihe), 352 S., ISBN: 978-3-406-65448-0

Auf rund 350 Seiten, inklusive eines wissenschaftlichen Anmerkungsapparates, Literaturverzeichnisses und Personenindex', gelingt Gregor Schöllgen ein großer Wurf der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg. Dieses Werk ist zusammen mit dem ersten Band über die Außenpolitik von 1815 bis 1945 zunächst zwar nur eine Neuauflage seines Werkes „Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart“ aus dem Jahre 1999. Doch viel hat sich seitdem getan, was hinzugefügt werden musste. Und so ist aus dieser Neuausgabe mehr als nur eine aktualisierte Neuauflage entstanden. Schöllgen hat den Forschungsstand der letzten Jahre ohnehin zum Beispiel durch seine gründlichen Besprechungen der Akteneditionen zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (ADAP) rezipiert oder etwa durch schwungvolle Analysen der Außenpolitik von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer („Der Auftritt“) vorangetrieben.

In diesem Buch reichen seine Analysen bis in das Jahr 2012. Die letzten beiden Kapitel waren zugegebenermaßen jene, die ich als erstes gelesen habe. Es wird deutlich, wie sehr sich die Außenpolitik in Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Beitritt der Länder der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes verändert hat. Die Beteiligung deutscher Soldaten an kriegerischen Auseinandersetzungen in der ganzen Welt macht deutlich, dass Außenpolitik in Deutschland immer noch Sicherheitspolitik ist. Nur dass es – wenigstens vordergründig – nicht mehr um unsere Sicherheit geht. Umso zentraler die Aussage von Verteidigungsminister Peter Struck, Deutschland werde am Hindukusch verteidigt. Deutsche Außenpolitik ist immer noch eine Geschichte von Kriegen und Konflikten.

Schaut man auf das Engagement der Bundesrepublik Deutschland im Nahen Osten, wird deutlich, dass die Haltung der Bundesregierung schon wegen ihres wirtschaftlichen Interesses nicht immer die glücklichste war. Trotz des Scheiterns zahlreicher Initiativen genießt die Außenpolitik aber einen „guten Ruf“. Schöllgen stellt fest: „Bemerkenswert bleibt der Respekt, den die deutsche Außenpolitik bei praktisch allen Konfliktparteien der Region genoss. Die Bundesrepublik galt als verlässlicher und vor allem als allseits ansprechbarer Partner“ (S. 314). Bleibt zu wünschen, dass dieses auch in Zukunft gilt.

Deutschland steckt in der Rolle des „respektierten Akteurs“; eine Rolle die Deutschland nie gesucht hat und die es aus seiner hohen politischen wie auch historischen Verantwortung heraus entwickelt hat (S. 317). Bedenkt man, dass wir es 1990 mit dem Zusammenbruch einer überkommenen Weltordnung zu tun hatten, dann ist es schon eine großartige Leistung, wie die Bundesrepublik Deutschland international aufgestellt ist.

Sicherheit, Verteidigung und Rüstung hatten in der deutschen Geschichte immer eine herausragende Bedeutung. Das war so schon nach dem Zweiten Weltkrieg, als Bundeskanzler Konrad Adenauer sich

dafür einsetzte, dass Deutschland als „gleichberechtigtes Mitglied in die westliche Völkergemeinschaft“ aufgenommen wurde, was 1955 erreicht war. Freilich – auf nicht absehbare Zeit – zum Preis eines geteilten Deutschlands. Aber schon Adenauer verband mit dieser Forderung nicht nur wirtschaftspolitische und politische Ziele, sondern eben auch militärische, wie bereits die Schaffung der Bundeswehr belegt. Freilich war die Position, von der aus die Bundesrepublik Deutschland agieren konnte, bis 1991 die eines nur eingeschränkt handlungsfähigen Partners.

Zwar kommt selbstverständlich Bundespräsident Joachims Gaucks Rede „Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen“ vom 31. Januar 2014 in Schöllgens Buch noch nicht vor, das 2012 endet, aber die Lektüre des Buches verdeutlicht, dass und warum es auf eine solche Rede hinauslaufen musste.

Es wäre wünschenswert, wenn Schöllgens Buch schon bald vergriffen wäre und er seine Leser mit einem neuen Kapitel darüber in Kenntnis setzt, wie durch den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine der Krieg wieder nach Europa gekommen ist, was, wie Schöllgen feststellt, während des Kalten Krieges wohlweislich vermieden wurde.

Berlin

Michael F. Feldkamp

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Hermann Ullstein: Das Haus Ullstein.

Aus dem Englischen von Geoffrey Leyton. Berlin: Ullstein Buchverlage GmbH, 2013, 304 S., ISBN: 978-3-550-08046-3

Eine von der „Deutschen Public Relations Gesellschaft“ als preiswürdig erachtete Abschlussarbeit für eine Medien- und Kommunikationsstrategie eines neu zu gründenden „Deutschen Presse museums“ (in enger Verbindung zu den Häusern Ullstein bzw. Springer): Dies ist sicher nicht der „gängige“ Einstieg zur Schaffung einer neuen, tragenden Säule in der nicht allzu spektakulären musealen Landschaft zur deutschen Presse- und Mediengeschichte.

Wie schwierig es in Zeiten klammer öffentlicher Kassen und in Anbetracht eines zwar bekanntlich sehr wohl existenten, aber nur mäßig an derlei Mäzenatentum interessierten privaten Reichtums in Deutschland ist, vom PR-Konzept zu einem arbeitsfähigen „Deutschen Presse museum im Ullsteinhaus“ zu gelangen, das zeigt – sicher beispielhaft (!) – der Entwicklungsfortschritt einer seit wenigen Jahren bestehenden, ambitionierten und von einem privaten Förderverein getragenen Initiative. Sie hat es sich u.a. zum Ziel gesetzt, „das für Deutschland presse geschichtlich bedeutsame Erbe des Ullstein-Verlages im Bewußtsein künftiger Generationen lebendig zu halten“. Konsultiert man nun – Ende 2014 – den Internet-Auftritt dieses engagierten, in jedem Falle – auch und gerade aus Sicht der Liberalismus-Forschung – höchst wichtigen und begrüßenswerten Bemühens, so drängt sich der Eindruck auf, dass hier – trotz der unablässigen Wellen öffentlich zelebrierten historischen Interesses – die Mühlen sehr langsam (wenn überhaupt noch?) mahlen.

Um diesen Eindruck zu korrigieren, reichen die Berufung eines mit Fachkompetenz besetzten „Herausgeberkreises“ offenkundig ebensowenig aus, wie die Beteiligung an größeren Ausstellungsprojekten („1933 – Zerstörte Vielfalt“) oder die geplante, eher logistische Einbeziehung in eine Tagung zur Geschichte der deutschen Druckindustrie (die dann de facto ohne Beteiligung des neuen Presse museums im Zeitungsmuseum der saarländischen Gemeinde Wadgassen stattgefunden hat). Die Chance zur institutionellen Beteiligung an einer – mehr als einschlägigen – Tagung zum Thema „Der ganze Verlag ist eine Bonbonniere“ – Der Ullstein-Verlag in der ersten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts“, die im April 2013 an der Universität Mainz durchgeführt worden ist, konnte vom Berliner Presse geschichtsprojekt ebenfalls (noch) nicht genutzt werden.

Der genannte „Herausgeberkreis“ des „Deutschen Presse museums im Ullsteinhaus“ beabsichtigt, die Publikation presse geschichtlich relevanter Werke zu unterstützen, die bislang unveröffentlicht oder vergriffen sind. Auch dies ist eine sehr löbliche Intention, an deren praktischen Anfang man die hier anzuzeigende Publikation gestellt hat. Sie verbindet in sehr gelungener Weise das Haus Ullstein mit dem Presse museum im Aufbau, handelt es sich doch um eine der sehr wenigen Buchpublikationen aus der Feder eines der führenden Vertreter der Verlegerfamilie in der zweiten Generation – eines Sohnes des nicht nur verlegerisch erfolgreichen, sondern auch politisch stark profilierten Verlagsgründers Leo-

pold Ullstein („stets auf der Seite von Freiheit und Fortschritt“) – , eine Publikation zudem, die – aufgrund ihrer spezifischen Geschichte in den Wirrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – aus dem Englischen ins Deutsche zurückübersetzt werden musste – einer Aufgabe, der sich ein Urgroßneffe des Autors Hermann Ullstein, der in Berlin ansässige Regisseur und Dramaturg Geoffrey Layton, erfolgreich unterzogen hat.

Hermann Ullstein, der jüngste der fünf Söhne Leopold Ullsteins, war vom Vater in zeitüblich patriarchalischer Manier als Kaufmann ausersehen worden. U.a. in einer in Südrussland tätigen Getreidehandelsfirma erlernte Hermann den Kaufmannsberuf von der Pike auf, bevor der 27jährige 1902 als gleichberechtigter Mit-Eigentümer in Vertrieb und Zeitschriftensektor des Hauses Ullstein tätig wird. Hermann, der im Rückblick als „sonderbare Mischung aus Gelehrtem, Redakteur und Kaufmann“ charakterisiert worden ist, wird von der Ullstein-Erfolgsautorin Vicki Baum in ihren Memoiren als der ‚Regent der dritten Etage‘ des Ullstein-Hauses (Buch- und Zeitschriftenverlag) beschrieben: „ein trockener, gefürchteter kleiner Herr, der in Dingen der Verkaufspropaganda, der Aufmachung und der Werbesprüche eine ungewöhnlich feine Witterung hatte“. So sind mit dem Namen Hermann Ullsteins viele der brillanten Marketingstrategien verbunden, die dem Hause Ullstein gerade im Bereich der Zeitschriftenproduktion großes Renommé und kommerziellen Erfolg eintrugen.

Schon 1928 zieht sich Hermann – in Zeiten tiefer, fachlicher und emotionaler Auseinandersetzungen zwischen den Ullstein-Brüdern – aus dem Vorstandsgeschäft zurück und wechselt in den Aufsichtsrat. Aus dieser Position greift er nicht nur – als Verleger seiner eigenen, demokratisch-liberal profilierten Tageszeitung („Neue Leipziger Zeitung“) – in das zunehmend chaotisch werdende politische Treiben der Zeit ein, sondern durchleidet auch den Aufstieg des offen rassistischen Nationalsozialismus und seiner Handlanger im Pressewesen (auch im Verlagshause Ullstein selbst!) und die faktische Enteignung der Ullsteins zugunsten einer NS-kontrollierten „Auffanggesellschaft“ („Deutscher Verlag“).

Sehr einprägsam und pointiert schildert Martin Müntzel in seinem Nachwort (S. 283–297) die letzten Etappen des – in seiner Tragik für jüdische Deutsche typischen – Lebensweges von Hermann Ullstein, dem es – schon damals weitgehend verarmt – 1939 gelingt, über Großbritannien in die USA zu emigrieren. Dort schreibt er in deutsch- und englischsprachigen Publikationen über sein Leben, das Schicksal des Hauses Ullstein und vor allem über den fundamentalen Irrweg, den sein Vaterland in den zurückliegenden drei Jahrzehnten beschritten habe. Es gelingt Ullstein, einen Verlag für eine englischsprachige Ausgabe („The Rise and Fall of the House Ullstein“) des deutschen Buchmanuskripts zu finden, das 1943 dann nahezu zeitgleich in New York und London publiziert wird. Wir haben es hier mit einem Dokument der Erinnerung und der individuellen Rechenschaftslegung zu tun. Bewusst wollte sich Hermann Ullstein an sein „neues“ Publikum im angelsächsischen Sprachraum wenden mit dem unmissverständlichen und kompromisslosen Appell: Wehret frühzeitig den Machenschaften der Zerstörer der Demokratie und lernt vom negativen Vorbild Deutschlands! Ullstein outet sich auch – ganz in der Tradition von Vater Leopold – als Anhänger von „Freiheit und Fortschritt [...], jene[r] großen Ideen, die von der darauffolgenden Generation auf den Misthaufen der Geschichte geworfen“ worden seien (S. 87).

In neun Kapiteln, meist eher impressionistisch denn streng formal berichtend und argumentierend, verbindet Ullstein Aspekte der deutschen Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg mit einer in ihren Einsichten und Details interessanten Verlagsgeschichte des Hauses Ullstein. Hier würdigt der Autor z. B. die innovativen Leistungen bedeutender, heute weithin vergessener Mitarbeiter der erfolgreichen Ullstein-Zeitschriften „Berliner Illustrierte Zeitung“ (mit einer Auflage von zeitweilig knapp zwei Millionen

Exemplaren) oder der Modezeitschrift „Die Dame“, wie den BIZ-Chefredakteur Kurt Korff und seinen „Art Director“ Kurt Szafranski, die – auf der Flucht vor den Häschern des „Dritten Reiches“ – ihre Kreativität und ästhetische Kompetenz dem sich revolutionierenden Presse- und Medienmarkt der USA zur Verfügung stellten („die eigentlichen Erfinder des *Life Magazine*“, S. 95). Pointiert schildert Ullstein den Aufstieg des Verlagshauses in der direkten Konfrontation mit dem rechtskonservativen Medienczar August Scherl, dem er – bei aller geschäftlichen und politischen Konfrontation – ein hohes Maß an Anerkennung („in mancher Hinsicht mein Lehrer...“, S. 91) nicht verweigert.

Die historische Berichterstattung Ullsteins weckt immer dort besondere Aufmerksamkeit, wo Begebenheiten am Rande der „ganz großen Politik“ geschildert werden, die entscheidenden Wendemarken des historischen Geschehens plastisch und spürbar werden lassen. Beispielhaft erwähnt sei hier Arthur Bernsteins prophetische Warnung vor den Folgen des aufziehenden Weltkrieges – ein Leitartikel der „Morgenpost“ Ende Juli 1914, der zwar bereits gesetzt war, aber aufgrund der einsetzenden Zensur nicht mehr veröffentlicht werden konnte, weil der Krieg noch schneller kam als befürchtet. Bernsteins späterhin vielzitiertes, düsteres Fazit: „Eine Million Leichen, zwei Millionen Krüppel und fünfzig Milliarden Schulden werden die Bilanz dieses, frischen, fröhlichen' Krieges sein. Weiter nichts“ (S. 137). Auch Ullsteins Schilderung der ersten Tage nach der „Machtergreifung“ durch die Nazis ergreift: Mit Macht übernehmen Funktionäre der NS-Betriebszellenorganisation das Kommando im Verlagshaus, bislang eher devote Redakteure outen sich als „alte Kämpfer“, von heute auf morgen herrscht der Geist der Denunziation und des revolutionären „Nun sind wir am Drücker!“

Hermann Ullsteins Bericht aus Zeiten des – von den Zeitgenossen vielfach so wahrgenommenen – Aufstiegs und Niedergangs Deutschlands, vom kriegslüsternden Kaiser Wilhelm II. bis zum rassistischen Diktator Hitler, stellt ein Zeitdokument aus der Sicht derer dar, die sich im Angesicht der Katastrophe eines Zweiten Weltkrieges selbstkritisch fragten, wie es zu dieser Entwicklung hatte kommen können, warum es die mächtige liberal-demokratische Presse der Weimarer Republik nicht vermocht hatte, den Aufstieg eines Provinz-„Demosthenes“ zum Herrscher einer aggressiv-nationalistischen und rassistischen Diktatur zu verhindern. Für Hermann Ullstein heißt die Antwort: Zuviel Sorglosigkeit, zuviel Arroganz – und zuviel Toleranz. Sicher keine Bewertung, die singulär wäre – oder die für sich genommen die Publikation dieses Buches nach siebzig Jahren ernsthaft legitimieren könnte.

Der Sache näher kommen wir mit Müntzels sicher zutreffender Feststellung, dass eine angemessene Würdigung der Familie Ullstein und „ihrer historischen Bedeutung für das deutsche Medienwesen“(S. 297) noch immer aussteht. Hier hätten die Herausgeber allerdings etwas mehr Mut zu wissenschaftlicher Akribie walten lassen können. Genannt sei nur das alles andere als vollständige (oder auch nur korrekte!) Namensregister, vor allem aber die vertane Chance, die sich durch erläuternde Anmerkungen zu den zahlreich genannten, wichtigen Mitarbeitern des Hauses Ullstein geboten hätte. Wenn wir dem Herausgeberkreis Deutsches Pressemuseum einen Rat aus der Sicht der Liberalismus-Forschung geben dürften, dann wäre es sicher der, dass eine historisch-politische Leistung ersten Ranges für das (hoffentlich weiterhin im Werden befindliche!) „Deutsches Pressemuseum im Ullsteinhaus“ darin bestünde, den Brehmers, Bernsteins, Reiners, Korffs, Szafranskis, Cohns und Bernhards (und wie sie alle heißen) der Ullstein-Verlagsgeschichte jenen Platz in der deutschen Presse- und Mediengeschichte zu verschaffen, der ihnen zweifellos gebührt.

Istanbul

Hans-Georg Fleck

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Theodor Heuss – Privatier und Elder Statesmann. Briefe 1959–1963.

Hrsg. und bearbeitet von Frieder Günther. Berlin/Boston: Walter de Gruyter, 2014 (= Theodor Heuss – Stuttgarter Ausgabe. Briefe), 621 S., ISBN: 978-3-598-029843-7

Am 2. Dezember 1963 bedankte sich Theodor Heuss mit leicht beherrschendem Unterton für die Gedenktafel an einem seiner früheren Berliner Wohnorte. Mit diesem Schreiben endet nicht nur der achte Band der Heuss'schen Brief-Edition, sondern vermutlich auch der gesamte überlieferte Briefwechsel, denn zehn Tage später verstarb der erste Bundespräsident. Die abschließende Zusammenstellung der Stuttgarter Briefausgabe dokumentiert denn auch nicht nur die politischen und kulturellen Interessen eines Elder Statesman, sondern auch die Sorgen eines merklich Alternden um Familie und Freunde und die eigene Gesundheit sowie das Bemühen, „sein Haus zu bestellen“ (S. 302). Mehr noch als in den früheren Bänden geben die Briefe hier Einblick in die Gemütslage von Heuss.

Und diese ist in vielerlei Hinsicht widersprüchlich gewesen, wenn man der Auswahl durch den Bearbeiter glauben kann, der sicherlich angesichts von über 10.000 in Frage kommenden Dokumenten (S. 10) vor keiner leichten Aufgabe stand. Die Widersprüchlichkeit begann im privat-persönlichen bei der zweifellos vorhandenen Eitelkeit von Heuss. Diese bezog sich vor allem auf sein schriftstellerisches und rhetorisches Talent. Hier war Heuss empfänglich für Lob (vgl. z. B. S. 184, 233 u. 400), wähnte sich nicht zu Unrecht seinem Nachfolger in der Villa Hammerschmidt überlegen (S. 312), konnte aber auch sehr unwirsch reagieren, wenn er in dieser Hinsicht sich nicht anerkannt fühlte (vgl. S. 474 ff.) oder wenn frühere Schriften von ihm wie „Hitlers Weg“ kritisiert wurden (S. 444 ff., vgl. auch S. 170). Anders verhielt es sich mit Orden und anderen Auszeichnungen: So wollte Heuss weder den bayerischen noch einen zukünftigen baden-württembergischen Verdienstorden, auch nicht Mitglied im Orden „Pour le Mérite“ sein und auch keine Festschrift zum 80. Geburtstag.

Die Widersprüchlichkeiten wirkten sich aber auch ins Politische aus und führten – gerade in Bezug auf seine alte Partei, die FDP – zu Missverständnissen und Friktionen. Ende 1959 lehnte er ein Auftreten bei Parteiveranstaltungen rigoros ab. 1961 besuchte Heuss dann doch einen liberalen Bundesparteitag, gab sogar sein Einverständnis zu einem Veranstaltungsplakat mit seinem Konterfei und wunderte sich, dass die Freien Demokraten dann überall mit diesem Plakat und den hohen Sympathiewerten für den Altbundespräsidenten Wahlkampf machten. Seine harsche Kritik daran hinderte Heuss aber nicht, sich Sorgen um das Abschneiden der Liberalen nicht nur bei der Bundestagswahl zu machen und nicht nur verdeckt für sie zu werben: Für Reinhold Maier hielt er sogar Wahlkampfreden. Ganz symptomatisch für diese Widersprüchlichkeit ist die Einstellung von Heuss zu Wolfgang Döring: 1959 mokierte sich Heuss insgeheim gegenüber seiner Vertrauten Toni Stolper über den mit der ebenfalls ungeliebten Marie-Elisabeth Lüders tanzenden „grobianischen SA-Scharführer“ (S. 129),¹ nahm aber 1963, obwohl

¹ Nicht nur an dieser Stelle wird übrigens der stark geschönt-verkürzte Charakter der Tagebuchbriefe deutlich, vgl. Theodor Heuss: Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl von Briefen an Toni Stolper. Hrsg. u. eingeleitet von Eberhard Pikart. Tübingen/Stuttgart 1970, S. 465. Das Bild, auf das Heuss anspielte, befindet sich im Archiv des Liberalismus, N 77-138, Bl. 16.

schon von Krankheit gezeichnet, aktiv an der offiziellen Gedenkfeier für den stellvertretenden FDP-Vorsitzenden teil (S. 480).

Aber auch jenseits der eigenen Partei zeigte Heuss politisch durchaus Widersprüche, so zwischen der von ihm auch desöfteren beschworenen Zurückhaltung (vgl. z. B. S. 403 zum Mauerbau) und doch gelegentlichen Neigungen, sich vor und hinter den Kulissen einzumischen, etwa für den als „Exilanten“ diffamierten SPD-Spitzenkandidaten Willy Brandt oder für eine raschere Regierungsbildung 1961 oder für die Bonner Ambitionen von Kurt Georg Kiesinger oder für den inhaftierten Ex-MdB Hasso von Manteuffel. Hier liegt vermutlich der wichtigste zeitgeschichtliche Quellenwert des Bandes, der nämlich auch von der Suche danach zeugt, welche Rolle ein Altbundespräsident – schon der Status war umstritten (vgl. S. 107) – im politischen Gefüge der Bundesrepublik einnehmen sollte. Ähnlich wie 1949 betrat Heuss auch hier Neuland, verfügte aber nicht einmal über vage Vorbilder, da die meisten deutschen Staatsoberhäupter seit 1871 ja im Amt verstorben waren. Dass hier auf beiden Seiten – bei Heuss und seiner Umgebung – vieles noch im Unklaren lag, wie etwa die Parteizugehörigkeit eines Ex-Präsidenten, war verständlich: So begründete Heuss seinen Auftritt auf dem Frankfurter Parteitag auch als Trotzreaktion gegenüber Belehrungen eines CDU-Politikers (S. 305). Angesichts der wenigen ihm verbliebenen Jahre wirkte Heuss hier allerdings auch weniger stilbildend als durch seine vorherige Amtsführung.

Eines zeichnete sich aber nach seiner „Pensionierung“ sofort ab: Als reiner Privatier konnte er fortan nicht leben. Zu sehr nahm die Öffentlichkeit Anteil an seinem neuen Lebensabschnitt im Stuttgarter Heim. Die Klagen, viel zu häufig mit Belanglosigkeiten behelligt und über zu wenig Raum für „eigene literarische, wissenschaftliche Pläne“ zu verfügen (vgl. z. B. S. 214), sind ein Stereotyp im Briefwechsel von Heuss seit 1945. Wahrscheinlich trafen sie jetzt aber verstärkt zu, da Heuss nun nicht im abgeschirmten Bonner Regierungsviertel, sondern an bekannter Adresse in Stuttgarter Höhenlage sich aufhielt und vor allem, abgesehen von einer Sekretärin, über keinen Apparat mehr verfügte. Der Schock darüber durchzieht praktisch die gesamten Briefe bis zum Lebensende. Zur Verdeutlichung dieser schwierigen Situation hat der Bearbeiter auf die bei den anderen Brief-Bänden ab 1949 durchgehaltene Trennung zwischen amtlich-gehobener und „populärer“ Post diesmal verzichtet: Die Adressaten der Briefe gehen von Kanzlern und Ministern über Freunde und Kooperationspartner bis zu Unbekannten „aus dem Volk“; gerade gegenüber letzteren zeigte Heuss sich mitunter recht grob, um seine „Durchbruchsschlacht“ zur Freiheit zu gewinnen“ (S. 373). Ob das stilbildend für Altbundespräsidenten gewesen ist, wird man erst bei zukünftigen Editionen anderer Amtsinhaber sehen können.

Neben diesen genannten Themen handeln die Briefe von vielen Aspekten, die schon früher das Leben von Heuss vor und während der Präsidentenzeit bestimmt hatten, etwa die Frage der bundesrepublikanischen Hymne, das Müttergenesungswerk, das Germanische Nationalmuseum, einmal auch das Ermächtigungsgesetz, wo er allerdings erneut vage bleibt (vgl. S. 216). Für die Liberalismus-Forschung interessant sind natürlich seine zahlreichen historischen Äußerungen und seine nach wie vor standhafte Verteidigung von Friedrich Naumann, dessen „Missionar“ er eigentlich nicht mehr sein wollte (S. 160); de facto aber übte er weiter diese Rolle aus. In diesem Zusammenhang fällt denn auch ein sehr schönes Zitat zum politischen Selbstverständnis des alten Heuss: „Wie jemand auf die Idee kommt, mich als einen Sozialisten zu bezeichnen, ist mir unerfindlich. Ich war nach Familienherkunft und wesentlicher Erziehung durch Friedrich Naumann immer demokratisch und liberal, aber auch schon in meiner Jugend an die sozialpolitische Problematik herangekommen“ (S. 420). Der Band ist zweifellos eine Fundgrube für die Geschichte des Liberalismus in den ersten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts.

Aufmachung und Kommentierung entsprechen – natürlich – dem hohen Standard des Gesamtwerkes. Nur an wenigen Stellen sind Errata zu vermelden.² Ebenso ist die vierzigseitige Einleitung durch den Bearbeiter Frieder Günther ausgewogen und angemessen, auch wenn man seine Einschätzung, Heuss „und sein Lebensstil erschienen zunehmend als ein Überbleibsel und Relikt vergangener Zeiten“ (S. 56) nicht ganz mitträgt. Nur an einer Stelle stutzt man, wenn nämlich das Bemühen von Heuss, das Verhalten seiner Umgebung in der Zeit von 1933 bis 1945 stets individuell beurteilen zu wollen, als „verhängnisvoll“ beurteilt wird (S. 48). Ganz abgesehen davon, dass entsprechende Äußerungen von Heuss kaum ein Verhängnis zur Folge hatten, gar nicht haben konnten, scheint doch ein solch massives Werturteil in einer wissenschaftlichen Einführung irgendwie fehl am Platze.

Aber das ist schon die einzige Stelle, wo der Rezensent mit dem Bearbeiter ausdrücklich nicht konform geht. Ihm und seinen Kollegen bei den anderen Bänden dieser Edition sei am Ende aber ausdrücklich gedankt für ihre Arbeit, wobei Günther neben dem Spiritus rector des ganzen Unternehmens – Ernst Wolfgang Becker – besonders zu erwähnen ist, weil er gleich zwei Bände besteuerte und zwar die zeitlich am weitesten auseinander liegenden zur Jugendzeit und zum Elder Statesman. Becker und seinem Team ist es zu verdanken, dass wir nun eine derartig umfangreiche publizierte Überlieferung besitzen wie zu keinem anderen liberalen Politiker in Deutschland. Die vom Stuttgarter Heuss-Haus in nur sieben Jahren vorgelegte Ausgabe der Heuss-Briefe wird auf lange, lange Zeit eine der zentralen Quellen für die Geschichte des deutschen Liberalismus und seine Rolle in Politik und Kultur von der wilhelminischen Ära bis zum Abgang Adenauers sein. Darauf darf man in Stuttgart mit Recht stolz sein.

Gummersbach

Jürgen Frölich

² Die FDP war schon Anfang 1956 und nicht erst 1957 aus der Regierung ausgeschieden (S. 112), auf S. 129 war nicht nur „vermutlich“ Wolfgang Döring gemeint, (s. auch oben Anm. 1), die Bilddatierung auf S. 174 ist fehlerhaft.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Christoph Nonn: Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert.

Düsseldorf: Droste, 2013 (= Schriften des Bundesarchivs, Band 73), 454 S., 24 Abb., ISBN: 978-3-7700-1629-7

Die Wissenschaftsgeschichte über das eigene Fach hat nach dem Historikertag 1998 in Frankfurt am Main und der Sektion über die Historiker in der Zeit des Nationalsozialismus einen erstaunlichen Aufschwung zu verzeichnen. Seitdem wurden zahlreiche biographische Studien über wichtige Fachvertreter der zwischen 1880 und 1910 geborenen Generation vorgelegt. Zu nennen sind Arbeiten über Hermann Aubin, Werner Conze, Gerhard Ritter, Hans Rothfels oder Franz Schnabel, um nur die wichtigsten herauszugreifen. In der Liste fehlen allerdings z.B. Otto Brunner, Fritz Hartung, Hermann Heimpel, Hans Herzfeld oder Hans Rosenberg, über die Studien zum Teil bereits angekündigt sind. Neben einer erst wenige Monate alten Untersuchung über den Münchener Historiker Karl Alexander von Müller ist zuvor eine Biographie über dessen akademischen Schüler Theodor Schieder (1910–1984) erschienen, die der Düsseldorfer Neuzeithistoriker Christoph Nonn verfasst hat. Diese ist deshalb von besonderem Interesse, weil Schieders Lebenswerk aufgrund seiner Aktivitäten in der Zeit des Nationalsozialismus seit Anfang der 1990er Jahre erbitterte und emotionale Kontroversen ausgelöst hat, in die auch bekannte Schüler des langjährigen Kölner Ordinarius' involviert waren.

Nonn verfolgt Leben, Werk und Wirkung eines der wohl bedeutendsten, weil einflussreichsten deutschen Historiker („Papst der deutschen Geschichtswissenschaften", S. 225) nach 1945 quellengesättigt und minutiös. Zunächst geht er den familiären Prägungen des in Bayerisch-Schwaben geborenen Schieder nach, der aus einem „bürgerlich-nationalen" Elternhaus (S. 20) stammte. Den „subjektiv entscheidenden Einschnitt" (S. 16) für Schieder scheinen weniger der Weltkrieg selbst, sondern eher Kriegsende, Ausbruch und Folgen der revolutionären Unruhen gebildet zu haben, die er als Gymnasiast in Augsburg hautnah miterlebte. Im Studium Ende der 1920er Jahre schloss er sich jedenfalls der Deutsch-Akademischen Gildenschaft an, die sich auf die Fahnen geschrieben hatte, dem Chaos des Weimarer Parteienstaates eine auf nationale Ordnung gerichtete Staatsform entgegenzusetzen. Kurzzeitig wurde Schieder 1930 Mitglied der Volkskonservativen Vereinigung, einer linken Abspaltung der Deutschnationalen zwischen 1930 und 1933. Er war damit einer von zahlreichen nationalkonservativen „Totengräbern" (S. 52) der „mechanischen Liberaldemokratie" Weimars (S. 46), stand aber zugleich doch distanziert dem aufsteigenden Nationalsozialismus gegenüber. Diese Distanz änderte sich auch nach 1933 nur ganz allmählich. Nonn analysiert die politischen, „intellektuellen und institutionellen Annäherungen" (S. 80) seines Protagonisten sehr differenziert und spricht statt von einer NS-Affinität, die Historiker wie Götz Aly und Ingo Haar festzustellen meinten, von einer allmählichen „intellektuellen Grenzverschiebung" (S. 80) und eher schleichenden „Nationalsozialisierung" (S. 120).

Mit dem Parteibeitritt 1937 war Schieders sukzessive Wende zum Nationalsozialismus jedoch abgeschlossen. Er hatte Ende 1933 an der Universität München bei dem vom Nationalsozialismus überzeugten Karl Alexander von Müller mit einer Arbeit über „die kleindeutsche Partei in Bayern" in den

Jahren 1863–1871 seine Promotion absolviert. Von München aus wechselte er 1934 nach Königsberg, wo er sich 1939 als Ostforscher mit einer rassistisch aufgeladenen Untersuchung zur Volksgeschichte Westpreußens in der Frühen Neuzeit habilitierte. Hier war er an der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte materiell versorgt und verfasste als deren Leiter mehrere politisch gefärbte Gutachten über die geplante „Umsiedlung [...] großer Menschenmassen“ und die „Entjudung Restpolens“ (S. 88f.), bevor er nach einer Lehrstuhlvertretung in Innsbruck schließlich 1942 eine Professur für Geschichte der Neuzeit an der Albertus-Universität Königsberg erhielt.

Schieders Arbeiten aus den Kriegsjahren, insbesondere seine Denkschrift vom 7. Oktober 1939 „über Siedlungs- und Volkstumsfragen in den wiedergewonnenen Ostprovinzen“, haben Götz Aly, Ingo Haar und Peter Schöttler zu der These geführt, der „Grenzlandexperte“ (S. 84) habe sich als „Vordenker der Vernichtung“ profiliert. Nonn betont stattdessen, dass Schieders Studien in der politischen Praxis kein einflussreicher Stellenwert zukomme. Neben der Feststellung, dass Haar einige gravierende handwerkliche und interpretatorische Fehler unterlaufen seien („grotesk“, S. 70; „Absurdität“, S. 71; „fehldatiert“, S. 102), weist Nonn vor allem darauf hin, dass die noch „unfertige“ (S. 85) theoretische Denkschrift Schieders keine direkte Wirkung auf die spätere praktische Umsetzung der Vertreibungen und Morde in den besetzten Gebieten gehabt habe. Dennoch müsse man den Historiker als „politischen Aktivist“ (S. 107) mitverantwortlich machen für eine „kumulative Radikalisierung der Verbrechen“ (S. 92): „Indirekt war Schieder mit diesen Arbeiten aber sehr wohl an der menschenverachtenden und mörderischen NS-Politik beteiligt: Denn seine Stimme war eine in dem vielstimmigen Chorus, der eine Mentalität schuf, die eine solche Politik legitimierte und radikalisierte“ (S. 119). Der Vorwurf, Nonn habe Schieders Biographie geschönt, indem er ihn entlaste, stimmt also nicht. Dass diese Anschuldigung in zwei weit verbreiteten Besprechungen ausgerechnet von Schöttler und Haar erhoben wurde, wundert indes keineswegs.¹

Ebenso breiten Raum wie Schieders Lebensweg vor 1945 räumt Nonn dessen Biographie in der Bundesrepublik ein. Hier erwies sich die Berufung auf den Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Köln 1947/48 als die entscheidende biographische Weichenstellung. Schieder wurde nach kontroversen Erörterungen und der schließlichen Absage des im amerikanischen Exil lehrenden Sozialhistorikers Hans Rosenberg berufen, zumal er seine eigene NS-Vergangenheit „vernebelte“ (S. 138). Nonns Annahme, Rosenbergs Rückzug sei die Folge einer „gezielten Fehlinformation“ (S. 129) des Kölner Historikers Peter Rassow gewesen, ist allerdings weniger zwingend als er suggeriert. Eher scheinen doch private Bedenken von Rosenbergs Frau diesen motiviert zu haben, in den Vereinigten Staaten zu bleiben.

Schieder entfaltete von Köln aus eine außerordentlich rege fachliche und vor allem auch wissenschaftspolitische Wirksamkeit. Von 1957 bis zu seinem Tod 1984 war er Herausgeber der Historischen Zeitschrift und damit des wichtigsten Fachorgans der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft. Diese Herausgeberschaft würdigt Nonn ausführlich und mit (manchmal etwas ausufernden) empirischen Belegen, zumal Schieder die Gesicke der Zeitschrift, u.a. im Hinblick auf Internationalisierung und

¹ Peter Schöttler: Rezension zu C. Nonn: Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert. In: H-Soz-Kult, 19.12.2013 (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-4-227>); sowie Christoph Nonn: Erwiderung auf Peter Schöttlers Rezension meiner Biographie über Theodor Schieder. In: H-Soz-Kult, 14.1.2014 (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-4-227>). Ingo Haar: Geschönt statt schön ist diese Biografie eines Bürgers. In: Süddeutsche Zeitung, 30.1.2014, S. 18.

Interdisziplinarität, aktiv gestaltete, sowohl bei der Autoren- und Aufsatzakquise, als auch bei der rigiden inhaltlichen Redaktion der Beiträge und Besprechungen.

Weniger wichtig, aber doch mitentscheidend, waren andere Funktionen, die Schieder zeitweilig übernahm: so u.a. die Leitung des Historikerverbandes (1967-1972) und der Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Vorstandssitze bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, beim Herder-Forschungsrat und beim Wissenschaftsrat. In Köln selbst baute er seinen Lehrstuhl durch Angliederung einer Forschungsabteilung aus; zudem übernahm er für mehrere Jahre das Rektorat der Universität. Schieder war in den 1960er Jahren auch Mitglied im Vorstand und im Kuratorium der Friedrich-Naumann-Stiftung, allerdings widerwillig und ohne jemals aktiv mitgewirkt zu haben.

Äußerst entschlossen agierte Schieder im Historikerverband, wenn es um die vermeintlich drohende Übermacht des Kommunismus und die daraus sich ergebende notwendige Ausgrenzung der ostdeutschen Historiker ging. Er selbst hatte nach der amtlichen seine „innere Entnazifizierung“ (S. 179, 189) in den 1950er Jahren schrittweise vollzogen. Zu öffentlichen Eingeständnissen oder zur Thematisierung seiner eigenen „Verwirrungen und Verirrungen“ (S. 185) in der NS-Zeit bzw. einer daraus etwa resultierenden Mitverantwortung kam es freilich nicht.

Eindrucksvoll ist das von Nonn in den Grundzügen besprochene wissenschaftliche Werk Schieders. Es ragen hierbei die in hohen Auflagen erschienene und „meistzitierte“ (S. 280) Einführung in die „Geschichte als Wissenschaft“ von 1965, die Überblicksdarstellungen zur europäischen Geschichte zwischen 1848 und 1918 (1977, 1979) und die kurz vor seinem Tod 1983 abgeschlossene Biographie König Friedrichs II. von Preußen heraus. Schieder organisierte zudem die Herausgabe der Schriften von Friedrich Naumann und verfasste etliche Aufsätze zur Geschichte des Liberalismus vor 1933. Bis 1945 hatte der „Liberalismus als Feindbild“² für ihn all das verkörpert, was er und mit ihm viele Deutschnationale oder Nationalkonservative politisch negierten. Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte Schieder jedoch seine Ansicht. Selbst nicht Liberaler, sondern Anhänger und vermutlich Wähler der CDU („entradikalisierte Konservatismus“, S. 209), stimmte er der Losung zu, der Liberalismus habe sich nach 1945 ‚zu Tode gesiegt‘. Später konnte er in der liberalen Tradition einen Wert erkennen, womit er auch seine „eigenen familiären und sozialen Wurzeln [...] aus dem klassischen liberalen Bildungsbürgertum“ akzeptierte (S. 205).

An der Spitze seines historiographischen Werkes steht eindeutig „der Schieder“, das von ihm konzipierte, herausgegebene und mitverfasste Handbuch der Europäischen Geschichte, das in sieben Bänden zwischen 1968 und 1987 erschien und methodisch modellhaft wirkte. Schieder erwies sich in diesen Bänden der traditionellen politik- und ideengeschichtlichen Forschung verpflichtet („Normalhistorie“, S. 339), die er international komparatistisch erweiterte und durch die Sozial- oder Strukturgeschichte ergänzt wissen wollte. Bereits in den 1950er Jahren hatte er für eine methodische Öffnung der Geschichtswissenschaft hin zur Soziologie plädiert, indem er besonders an die einschlägigen Forschungen von Otto Hintze und Max Weber erinnerte.

Umso schmerzlicher musste es Schieder nach seinen fachlichen und wissenschaftspolitischen Erfolgen bis Ende der 1960er Jahre schmerzen, dass in den Jahren der Studentenrevolte nach 1968 zunächst er

² Ewald Grothe / Ulrich Sieg (Hrsg.): Liberalismus als Feindbild. Göttingen 2014.

selbst als Person („Wetterfahne der herrschenden Klasse“, S. 315), aber auch die von ihm angestoßenen gemäßigten Hochschulreformen und damit die Universität in ihrer traditionellen Form in Frage standen. Auch die von ihm vertretene fachliche Richtung geriet durch die Vertreter der Historischen

Sozialwissenschaft mit seinem Schüler Hans-Ulrich Wehler („Paradehistoriker‘ der Neuen Linken“, S. 304) als „Wortführer“ (S. 337) in massive Kritik. Als er selbst in seinen Lehrveranstaltungen gewaltsam attackiert wurde und er eine „linke Verschwörung“ (S. 305) befürchtete bzw. eine „sozialistische Bedrohung“ (S. 155) herannahen sah, zog er sich verbittert zurück. Am Ende waren es seine eigenen Schüler, die ihn damals schützten und auch nach 1990, als die NS-Vorwürfe zunahmen, den „akademischen Vatermord“ (S. 261) verweigerten. Schließlich gehörte Schieder zu den Großordinarien, denen es erfolgreich gelang, etliche seiner einstigen Habilitanden durch persönliche Kontakte und Netzwerkarbeit in den 1960er und 70er Jahren auf Lehrstühle zu befördern. Am einflussreichsten von allen wirkten Hans-Ulrich Wehler in Bielefeld, Lothar Gall in Frankfurt und Thomas Nipperdey in München. Sie zeigen zugleich das fachliche und politische Spektrum der Schülerschaft Schieders auf.

Nonn stützt seine Untersuchung vor allem auf den im Bundesarchiv Koblenz liegenden umfangreichen Nachlass von Schieder. Das Quellenverzeichnis weist aber auch wichtige Aktenbestände von Personen und Institutionen in anderen deutschen Archiven (u.a. Berlin, Köln) auf. Außerdem ergänzen etliche Interviews mit den Söhnen, Schülern und Freunden Schieders das beeindruckende Quellenfundament. Dies erscheint umso mehr sinnvoll, als die meisten der jüngeren personenbezogenen Bestände noch in Privatbesitz und damit überwiegend unzugänglich sind. Eindrucksvolle Abbildungen, ein Schriftenverzeichnis Schieders, mehrere Register und knapp siebzig Kurzbiographien der wichtigsten Historikerkollegen (und – seltsamerweise – des zeitweiligen Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger sowie des Bundesministers Gerhard Schröder) runden die Studie ab. Fehler finden sich bei Nonn wenige: Allerdings vermisst man in den Kurzbiographien die Erwähnung einiger Todesdaten von Historikern, so von Werner Conze 1986, Ulrich Craemer 1992, Franz Petri 1993, Ludwig Petry 1991 und Kurt von Raumer 1982.

Hoherfreulich sind der abgesehen von wenigen Ausnahmen gut lesbare Stil, die durchgängige Thesenfreudigkeit und die differenzierten Wertungen. Nonn nimmt kein Blatt vor den Mund, vor allem wenn es Fehlurteile, z. B. über die Bedeutung von „1968“, zu widerlegen gilt. Der stringenten Argumentation kommt schließlich die kompakte Erzählung zugute, denn für Schieders Biographie hätte mancher Autor statt der hier vorliegenden gut 360 Seiten (ohne Anhang) auch mühelos den doppelten Umfang benötigt. Der in Köln von seinen Schülern so genannte „Meister“ (S. 262ff.) der Historie hat in dieser Biographie zweifellos seinen historiographischen Meister gefunden.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Theodor Heuss – Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959.

Hrsg. und bearb. von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt und Wolfram Werner. Berlin/New York: De Gruyter, 2013 (= Theodor Heuss, Stuttgarter Ausgabe – Briefe), 710 S., ISBN: 978-3-598-25128-3

Aus der Sicht des konservativen Publizisten Johannes Gross war Theodor Heuss ein „politischer Nonva-
leur“ (S. 17). Im Grunde habe Heuss keine politische Spur hinterlassen. Dem Bundespräsidenten sei es lediglich um seine Beliebtheit gegangen, allzu sehr habe er bei seinen Auftritten nur der persönlichen Eitelkeit gefrönt, so der Tenor der Aussagen von Gross. Die Herausgeber können in ihrer Einleitung überaus treffend aufzeigen, dass der Schüler Carl Schmitts, Johannes Gross, die Persönlichkeit Heuss falsch, vielleicht sogar bewusst falsch, eingeschätzt hat. Der erste Bundespräsident hat freilich nicht im machtsstaatlichen Sinne politisch gehandelt, „vielmehr stellte er durch seine persönliche Glaubwürdigkeit eine moralische Autorität dar“ (S. 20). Heuss hat durch Worte, Symbole und Gesten gewirkt. Mit diesen Mitteln hat er seine Aufgabe, „die Integration eines gespaltenen und belasteten Volkes“ (S. 19), bewältigt und zugleich dazu beigetragen, „den jungen demokratischen Staat positiv im Bewusstsein der Bürger zu verankern“ (ebd.). Heuss wollte als „Erzieher zur Demokratie“ wirken und durch seine Reden, Gespräche und Schriften weite Teile der Bevölkerung erreichen.

Die Stiftung „Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus“ hat die Aufgabe, das Andenken an den ersten Bundespräsidenten zu pflegen, dessen Ideale, so die Versöhnung und Verständigung zwischen den Völkern Europas, fortzuführen und einen Beitrag zur Erforschung der bundesdeutschen Geschichte zu leisten. In diesem Zusammenhang erfolgt auch die Herausgabe der Schriften und Briefe von Theodor Heuss, die aufzeigen wollen, wie eminent politisch Heuss mit der Kraft des geschriebenen und gesprochenen Wortes gewirkt hat, dass dieser durch sein Auftreten sehr wohl politisch gewirkt hat. In der Stuttgarter Ausgabe des Werkes von Theodor Heuss sind vier Reihen vorgesehen. Neben Schriften, Reden und Gesprächen haben die Briefe den Auftakt der Edition gebildet. In insgesamt acht Bänden wird der Schriftwechsel von Heuss zwischen 1892 und 1963 ediert, der bislang letzte Band für die erste Amtsperiode als Bundespräsident 1949–1954 konnte 2012 vorgelegt werden, nunmehr ist die Editionsreihe abgeschlossen. Der vorliegende Band enthält 224 ausgewählte Briefe – die gesamte Korrespondenz der Jahre 1954–1959 beläuft sich auf 20.000 Schreiben aus der Feder des Bundespräsidenten. Ziel der Edition ist es, „die Spannweite des Kommunikationsnetzes abzudecken“ (S. 67), jedoch werden Briefe an die Bevölkerung hier nicht abgedruckt – diese wurden vielmehr in einem eigenen Band „Theodor Heuss: Hochverehrter Herr Bundespräsident“ der Öffentlichkeit vorgelegt. Die hier edierten Schreiben von Heuss sind in erster Linie seinem politischen Nachlass im Bundesarchiv Koblenz entnommen sowie den Sachakten des Bundespräsidialamtes, die Korrespondenz mit Familienmitgliedern findet sich im literarischen Nachlass, der im Deutschen Literaturarchiv Marbach eingesehen werden kann. Selbstverständlich enthält der Band auch die Schreiben an Heuss enge Gefährtin und Vertraute, Toni Stolper, dank dem Einverständnis von deren Sohn, Max Anton Stolper, konnten die Herausgeber den an sich noch bis 2015 gesperrten Schriftwechsel einsehen und in die vorliegende Edition einbeziehen.

Ediert werden lediglich Schreiben von Heuss selbst, die Antwort der jeweiligen Korrespondenzpartner wird, soweit für den Zusammenhang notwendig, im Fußnotenapparat wiedergegeben. Inhaltlich spiegelt der Briefwechsel tatsächlich die gesamte Spannbreite des Wirkens von Heuss wider. So lernt der Leser einerseits die privaten Rückzugsräume des ersten Bundespräsidenten kennen, u. a. behandeln die Briefe Familie und Freundschaften, bspw. zu Heuss persönlichem Referenten Hans Bott oder auch das Verhältnis zu seinem Sohn Ernst Ludwig Heuss, die Differenzen zu seinem älteren Bruder Hermann und schließlich das überaus enge und vertrauensvolle Verhältnis zu Heuss Freundin Toni Stolper, der er auch in politischen Fragen vollauf vertraute und selbst persönlichste Gedanken verriet.

Daneben ist es selbstverständlich der Politiker Heuss, der auch in den fünfziger Jahren sich weiterhin die Integration der bundesdeutschen Gesellschaft zum Ziel gesetzt hatte, dessen Wirken im Schriftwechsel deutlich wird. So stand Heuss tatsächlich über den Parteien, wenn er mit Sympathie den Aufstieg von Willy Brandt verfolgte und diesem in einem durchaus etwas persönlicheren Schreiben zur Wahl zum Regierenden Bürgermeister von West-Berlin im Oktober 1957 gratulierte. Auch war es Heuss, der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wenn auch nicht immer mit Erfolg, zu vermitteln versuchte. Viel beachtet war beispielsweise auch die Rede, die er als Staatsoberhaupt gleich zu Beginn seiner zweiten Amtszeit auf dem Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes hielt und über die er im Briefwechsel mit dem Ökonom Moritz Julius Bonn reflektierte. Teil der Integrationspolitik des Bundespräsidenten waren auch die zahlreichen Kontakte zu Wissenschaftlern, Schriftstellern, Künstlern und Gelehrten, so dass es ihm gelang, „glaubwürdig den Brückenschlag zwischen Politik und Kultur zu verkörpern“ (S. 25). Als weitere Aspekte der Integrationspolitik, die selbstverständlich auch in den Briefen immer wieder aufscheinen, sind die Wiederbelebung des Ordens pour le mérite (Friedensklasse) oder aber auch die Reden von Theodor Heuss zu nennen, mit denen er einen bewusst zivilen Gegenakzent zur „brutalen Redetechnik nationalsozialistischer oder wilhelminischer Provenienz“ (S. 28), schaffen wollte.

Ein zentrales Thema auch der zweiten Amtszeit bildete die Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Vergangenheit. Die großen Akzente hatte Heuss hier zwar in seiner ersten Amtszeit gesetzt, doch blieb Geschichtspolitik auch weiterhin ein wichtiges Politikfeld, auf dem es galt, die richtigen Gesten zu finden: Beispielsweise, wenn Heuss Opfern des Nationalsozialismus am Beginn des Jahres 1959 das Bundesverdienstkreuz verlieh oder aber großen Wert darauf legte, dass Persönlichkeiten, die vom Nationalsozialismus aus dem öffentlichen Bewusstsein gedrängt worden waren, in großen Nachschlagewerken, wie dem Brockhaus-Lexikon, gewürdigt wurden. Freilich werden in den Briefen von Heuss auch z. T. Schwierigkeiten im Umgang mit der Vergangenheit deutlich, so beispielsweise, wenn er dem ehemaligen Reichsaußenminister Hitlers, Konstantin von Neurath, zu dessen Haftentlassung gratulierte und davon sprach, dass er „mit freudiger Genugtuung“ (S. 40) davon gelesen habe, dass für Neurath „das Martyrium dieser Jahre“ (ebd.) ein Ende genommen habe. Heuss machte dieses Schreiben öffentlich und musste viel Kritik einstecken, dass sein Mitgefühl nicht einem anonymen Opfer, sondern einem Täter des Nationalsozialismus gehörte. „Heuss betrachtete sein Schreiben an Neurath, den er intellektuell geringschätzte, als menschliche Geste: ‚Neurath war ganz sicher kein böser Mensch, er hatte nur den Fehler – man spricht das ungern aus –, geistig sehr unbedeutend zu sein‘. Dass er als Bundespräsident eine politische Stellungnahme auf sensiblem Terrain abgegeben hatte, vermochte er nicht einzusehen“ (S. 40).

Der Briefwechsel eröffnet zudem den Blick auf das Verhältnis zwischen Heuss und Konrad Adenauer, wobei deutlich wird, dass der Kanzler in „seinem Bundespräsidenten“ einen verlässlichen Partner hatte,

der die Grundzüge seiner Politik, vor allem hinsichtlich Westbindung und Wiederbewaffnung, weitgehend unterstützte – das gilt auch für die Haltung Adenauers im Hinblick auf das Saarstatut. Gerade in dieser Frage scheute Heuss die Auseinandersetzung mit eigenen Parteifreunden wie Thomas Dehler keineswegs.

Schließlich geben die Briefe Aufschluss über die auswärtige Repräsentation des Bundespräsidenten und zeigen ihn auch hier als einen bewusst zivil auftretenden Präsidenten, der sich klar vom Deutschland des Kaiserreichs und der NS-Zeit absetzte, gerade in Griechenland und in Italien wichtige Gesten der Versöhnung fand – und es schließlich seiner Entourage in der Auseinandersetzung mit dem Protokoll nicht immer ganz leicht machte. So wollte Heuss Staatsbesuche nicht nur unter offiziellen Vorgaben erfüllen, sondern, soweit möglich, seine kulturellen Interessen mit einfließen lassen.

Aus dem Briefwechsel werden zuletzt auch „die Banalisierung des Erfolgs und ein Abschied mit Schönheitsfehlern“ (S. 52) deutlich: So die Empörung über Adenauer, nachdem dieser selbst das Präsidentenamt anstrebte und dabei die Amtsführung von Heuss in Frage gestellt hatte, genauso wie die Gefahr einer Verkitschung des Bundespräsidenten mit der „Papa-Heuss-These“, die der Bundespräsident einerseits selbst beförderte und gegen die er sich andererseits zur Wehr setzte. Auch enthält der Briefwechsel Reflektionen, am Ende ergebnislose, ob Heuss nicht vielleicht doch eine dritte Amtszeit hätte anstreben sollen. Heuss hat dies nicht getan mit der Einsicht, „dass Demokratie vom Wechsel des Personals lebe“ (S. 54). Damit hat, so die Überzeugung der Herausgeber, der erste Bundespräsident richtig gehandelt, wurde doch am Ende der 1950er/ Anfang der 1960er Jahre ein Generationswechsel vollzogen, der Heuss allmählich antiquiert erscheinen ließ.

Die vorbildliche Edition (die mit Hilfe eines Sach- und Personenregisters leicht erschlossen werden kann und zudem über eine umfangreiche Auswahlbibliographie verfügt) bildet eine wichtige Grundlage für weitere Forschungen zur Persönlichkeit von Theodor Heuss und zur Geschichte des ersten Jahrzehnts der Bundesrepublik Deutschland.

Singen a. H.

Michael Kitzing

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Mark Spoerer/Jochen Streb: *Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts.*

München: Oldenbourg, 2013, 306 S., ISBN: 978-3-486-58392-2

Mit ihrem Lehrbuch „Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts“ wollen sich die in Regensburg bzw. Mannheim lehrenden Wirtschaftshistoriker Mark Spoerer und Jochen Streb von vorhandenen, stärker narrativ angelegten wirtschaftshistorischen Überblicksdarstellungen abheben. Anstelle einer Verknüpfung (wirtschafts-)historischer Fakten erwarten die Leser insofern „komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge in historischer Dimension“ (S. 1), weil die Anwendung ökonomischer Konzepte und Theorien auf historische Begebenheiten neue Erkenntnisse zu generieren vermag. Mit Blick auf ihre Zielgruppen – Studierende der Wirtschaftswissenschaften, der Geschichtswissenschaft, aber auch interessierte Laien – bezeichnen die Autoren dieses Vorhaben bereits im Vorwort als „Quadratur des Kreises“, bevor sie in der Einleitung, die sich im Wesentlichen mit Fragestellungen und Methoden der Neuen Wirtschaftsgeschichte befasst, die ‚Zerrissenheit‘ der Wirtschaftshistoriographie zwischen zwei sich mehr und mehr ausdifferenzierenden, verschiedensten Einflüssen unterliegenden und unterschiedlichste Methoden nutzenden Disziplinen, der Wirtschafts- bzw. Geschichtswissenschaft, problematisieren. Dankenswerter Weise schließen sich Bemerkungen zu Chancen, Risiken und Grenzen quantitativer Methoden wie auch zur Bedeutung kontrafaktischer Analysen an, ohne dass allerdings – wie für das gesamte Lehrbuch auch – Anspruch auf Vollständigkeit erwartet werden dürfte.

Abgesehen von dem folgenden, sehr kurz gehaltenen Überblick über das 20. Jahrhundert, der in erster Linie der Einführung in Konzepte der Messung von Wohlstand dient, und dem den Band abschließenden Ausblick zu den „Perspektiven der Neuen Deutschen Wirtschaftsgeschichte“ (wobei Deutsch hier – im Gegensatz zum Titel – groß geschrieben wird) gliedert sich das Lehrbuch historiographisch in die Zeit der Weimarer Republik, des Dritten Reichs sowie der Bundesrepublik. Aus nicht immer nachvollziehbaren Gründen wird die Geschichte der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR aus der Betrachtung ausdrücklich ausgeschlossen.

Den größten Umfang nimmt die Darstellung der Wirtschaft des Dritten Reichs ein. Da sich die beiden Autoren in einer Vielzahl eigener Publikationen mit dieser Zeit beschäftigt haben, insofern auch den Forschungsstand gut kennen, ist dieser Teil der überzeugendste. Wer also etwas über die neueren Erkenntnisse zur Wirtschaft des Nationalsozialismus erfahren will, dem sei die Lektüre der etwas mehr als 100 Seiten unbedingt zu empfehlen.

Dieser inhaltlichen und methodischen Brillanz stehen allerdings Mankos in den anderen beiden Teilen gegenüber. Bei der Darstellung der Wirtschaft der Weimarer Republik bleibt vieles durch die fehlende Tiefenschärfe unerwartet oberflächlich. Gleichzeitig ist dann mehr über die Patent-Forschung selbst als über die Bedeutung ihrer Forschungsergebnisse für die Weimarer Wirtschaftsgeschichte zu erfahren. Es gehört zum Anspruch der Autoren und ist legitim, wenn Leser in die Regressionsanalyse eingeführt werden, allerdings erfordern die damit erzielten Ergebnisse doch eine stärkere Kontextualisierung

mit dem historischen Tatbestand als die hier gelieferte. Am schmerzlichsten ist die Lücke, die durch eine Diskussion des Forschungsstandes hätte gefüllt werden müssen, beispielsweise, wenn es um die Frage der durch die Inflation vermeintlich erzielten Vollbeschäftigung oder die nur knapp erwähnte Borchardt-Kontroverse geht. Damit werden zwei grundlegende, über einen längeren Zeitraum maßgeblich von Wirtschaftshistorikern geführte Debatten fast vollständig ignoriert. Dadurch wird also Geschichte zu einem Feld für die Anwendung ökonomischer Konzepte, ohne dass die Generierung neuer Erkenntnisse für die Wirtschaftsgeschichte deutlich würde. Insofern stellt sich spätestens hier die Frage, zu welchem Zweck diese Art von Geschichtswissenschaft überhaupt betrieben wird.

Auch für die Zeit der Bundesrepublik werden nicht selten Fakten auf Basis neuerer Forschungen dargestellt, dann aber keine weiteren Schlüsse gezogen: Welche Folge hatte es denn, dass die im Zuge der Deregulierung der Elektrizitätswirtschaft geschaffene Bundesnetzagentur durch eine zweifelhafte Berechnung des X-Faktors anstatt der angezeigten Erhöhung der Nutzungsentgelte diese schrittweise sogar senkte? Und was bedeutet es für eine „neue deutsche Wirtschaftsgeschichte“, die ja Erfahrungswissen „zur Bewältigung aktueller wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen“ bereitstellen will (S. 272), dass der X-Faktor schließlich „nicht mehr auf konkreten ökonomischen Analysen [beruhte], sondern [...] ein Kompromiss zwischen Politik, Bundesnetzagentur und Unternehmen“ (S. 254) war? Die Berücksichtigung der europäischen Integration kommt schließlich nur in Ansätzen über Handbuchwissen hinaus, jenes zu Wohlfahrtsstaat und Umverteilung mutet stilistisch merkwürdig politisiert an, wie die Darstellung zur Bundesrepublik insgesamt zum Teil erstaunlich zusammenhanglos erfolgt, z.B. auf S. 237f., wo nur der historisch versierte Leser zu erkennen vermag, dass die Verschuldung aus dem EZU-Clearing nichts mit dem Londoner Schuldenabkommen zu tun hat.

Der Text selbst ist in Teilen mehr als ‚flott‘ geschrieben, er erinnert manchmal eher an ein Vorlesungsmanuskript denn an eine sorgfältig ausgearbeitete Druckvorlage. So werden nicht selten „die Unternehmer“ zu handelnden Akteuren, wenn eigentlich Unternehmen gemeint sind, und auch die Verwendung des Begriffs „Gastarbeiter“ in den Fällen, in denen Ökonomen ausländische Arbeitsmigranten meinen, zeigt, dass trotz aller Abgrenzungsversuche der Autoren auch die „neue deutsche Wirtschaftsgeschichte“ um ein breiteres, um die klassisch-historisch orientierte Perspektive erweitertes Fundament nicht umhin kommt.

Karlsruhe

Heike Knortz

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Ewald Grothe/Ulrich Sieg (Hrsg.): Liberalismus als Feindbild.

Göttingen: Wallstein, 2014, 306 S. ISBN: 978-3-8353-1551-8

Die Geschichte einer politischen Idee ist immer auch die Geschichte ihrer Gegner. Diese Feststellung ist so banal wie basal, und daher wundert es, dass der gediegene Band mit dem weit gespannten Oberthema „Liberalismus als Feindbild“ nicht schon längst vorliegt. Er ist aus einer Tagung hervorgegangen, die im März 2013 vom Archiv des Liberalismus in Gummersbach veranstaltet wurde. Die Idee der Ausrichter war es, entlang eines historischen Längsschnitts dem vielgestaltigen Phänomen des Antiliberalismus nachzugehen. Biographische Zugriffe stehen dabei neben strukturellen Analysen; der Fokus liegt bis auf eine Ausnahme auf Deutschland.

Im ersten Aufsatz setzt Klaus Ries den Beginn der Abwehr gegen den Liberalismus mit der Zeit der napoleonischen Herrschaft in Europa an (S. 21), als sich so etwas wie (ideologisch fundierte) politische Lager überhaupt erst bildeten. Ein ante quem könne es demnach auch für den Liberalismus nicht geben. Dass sowohl der Passauer Historiker Hans-Christof Kraus (S. 53) wie auch der Heidelberger Politikwissenschaftler Reinhard Mehring den Beginn liberaler Strömungen schon früher ausmachen (Mehring, S. 203: „Seine Heroenzeit war das 18. Jahrhundert im Kampf gegen den Absolutismus.“), tut nichts zur Sache. Übereinstimmung dürfte schließlich bei Mehrings Feststellung herrschen, dass es seit mehr als 200 Jahren ein gegen Etatismus und für individuelle Freiheiten eintretendes politisch-philosophisches Bündel verschiedener Strömungen unter dem Rubrum Liberalismus gibt, welches sich seit fast genauso langer Zeit von der herrschenden, ständischen Ordnung einerseits und von konkurrierenden „progressiven“ Strömungen andererseits angefeindet sah. Ries exemplifiziert seine Grundausagen an den Beispielen dreier Professoren der Universität Jena (Heinrich Luden, Lorenz Oken, Jakob Fries), deren jeweilige politisch-programmatische Ausrichtungen wandelbar waren, und die uns jeweils kaum noch als liberal gelten, es in der Ausdifferenzierungszeit moderner Lager aber durchaus waren. Ries' Ausführungen sind eingängig, hier zeigt sich der Spezialist für die Verhältnisse des thüringischen Universitätsmilieus.¹

Auf hohem Darstellungsniveau geht es weiter, wenn Andreas Fahrmeir zum Abschied von liebgewordenen Schematisierungen rät (S. 41–51). Zweifellos sei die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts unter dem Eindruck Metternichs eine restaurative Phase der Perpetuierung von politischen Vorstellungen des Ancien Régime gewesen. Die Meistererzählung von einer illiberalen Ära bis 1848 sei allerdings durch

¹ Etwas merkwürdig wirken seine Invektiven gegen Reenactment-Aktivitäten, die – jubiläumsorientiert wie auch weite Teile der forschenden Zunft – in den letzten Jahren rund um Jena und Auerstedt Histotainment im Freien boten und bieten. „Liberal“ wäre es, bei Desinteresse schmunzelnd über das Freizeitkräfte bindende Laientheater hinweg zu blicken, professionell wäre es, bei fachlicher Ablehnung zur Untermauerung des Missbehagens tatsächlich einschlägige, reflektierende Literatur (etwa Valentin Groebner, *Das Mittelalter hört nicht auf*) anzuführen, statt beliebig zu kommentieren. Anm. 6, S. 20 verweist auf eine medien-analytische Arbeit, die Reenactment im Fernsehen untersucht, mithin also nichts mit Jena, den Freiheitskriegen, dem Frühliberalismus und der mangelnden wissenschaftlichen Behandlung dieser drei zu tun hat.

zahlreiche Detailstudien – etwa zur zentralen Kategorie Bürgertum (S. 43) – nur noch partiell überzeugend; für den Großbereich des wirtschaftlichen Lebens könne durchaus eine Verwirklichung liberaler Ziele konstatiert werden. Hans-Christof Kraus schließt zeitlich an und widmet sich mit Friedrich Julius Stahl und den beiden Gerlachs drei von ihm schon mehrfach behandelten konservativen Ikonen des geistigen Preußen der Mitte des 19. Jahrhunderts (S. 53-72). Alle drei hätten den Liberalismus vor und nach 1848 aufmerksam analysiert, einzelne seiner Elemente sogar geteilt (etwa den Gedanken der Freiheit, wenn auch nicht „profaniert“ S. 57f.), als Konservative das (vermeintlich mit dem Liberalismus nicht kongruente) monarchische Prinzip für absolut gesetzt und daher den illegitimen Bonapartismus abgelehnt. Zusammenfassend führt Kraus vier Felder an (S. 71f.), auf denen der Liberalismus nach der konservativen Einschätzung à la Stahl und Gerlach besonders schädliche Triebe sprießen ließ: In historischer Hinsicht verfolge er revolutionäre, die überkommene Gesellschaftsordnung in Frage stellende Ziele. In religiöser Hinsicht sei er ein Gegner der christlichen Weltordnung. In ökonomischer Hinsicht vertrete er gegen die gesamtgesellschaftlich bewährte, zünftige Ordnung einseitig die Interessen des egoistisch agierenden Kapitals. Und schließlich eröffne der in einer im engeren Sinne politischen Dimension überkommene Strukturen aushöhlende Liberalismus unfreiwillig Einfallstore für Radikalismus und Sozialismus. In Kenntnis der Geschichte des 20. Jahrhunderts, als unterschiedliche Spielarten diktatorischer Herrschaft kaltlächelnd über liberale Gesellschaftsformen hinweggingen, wird man diese Analysen der 1850er Jahre helllichtig nennen dürfen. In politisch-praktischer Hinsicht hatte der Berliner und Potsdamer Konservatismus der Stahls und Gerlachs jenen Tendenzen wenig entgegen zu setzen, spätestens seit ihnen mit Otto von Bismarck ihr sich als ideologisch nicht ganz wetterfest erweisender Zauberlehrling von der Stange ging.

Als Realpolitiker in der Verantwortung von Spitzenämtern konnte Bismarck nämlich anders als gegenüber der sozialistischen Partei des Umsturzes an den (National-)Liberalen nicht dauerhaft vorbeigehen. Wie sehr seine monarchisch-konservativen Präferenzen dabei nur auf Zeit machiavellistisch bemäntelt wurden, macht neben der sogenannten konservativen Wende am Ende der 1870er Jahre ein bisher unbekannter Blick ins häusliche, d.h. vor allem weibliche Umfeld Bismarcks klar. Andrea Hopp wirft ihn anhand der Untersuchung von Briefen aus den Federn von Bismarcks Ehefrau, Tochter und Schwiegertochter (S. 73-92), die bis in die 1930er Jahre datieren. Wenn man hier bei landadeligen Stammvätern antiliberaler Affekte geradezu erwartet, überraschen doch die sich in schrillen Redensarten äußernden antisemitischen Denkmuster und die eklatanten antiparlamentarischen Vorbehalte.

Zeitlich und thematisch spinnt der Antiliberalismus und Antisemitismus im Kaiserreich untersuchende Beitrag von Ulrich Sieg den Faden weiter (S. 93-112). Peter Pulzer zitierend, verweist Sieg auf die fundamentale Garantstellung des Liberalismus für „die Sicherheit der Juden in Mitteleuropa“ (S. 111), die Krise des Ersten brachte automatisch die Desintegration Letzterer mit sich. Jürgen Frölich widmet sich in seinem anschließenden Aufsatz Friedrich Naumanns politischer Gegneranalyse (S. 113-133). Konservatismus und politischer Katholizismus waren für ihn die Feinde der Freiheit, Teile der Sozialdemokratie hielt er hingegen für anschlussfähig. Nicht anschlussfähig waren während des Ersten Weltkriegs hingegen die erhitzten Gemüter dies- und jenseits des Ärmelkanals. Peter Hoeres (S. 134-151) formuliert hier auf der Grundlage neuerer Forschungen einen alten Zuschreibungen diametral entgegenstehenden Befund: In Bezug auf liberales Denken und Handeln sei nämlich das gemeinhin als Mutterland des Liberalismus geltende England weit weniger liberal gewesen, als es die auch unter Historikern wirksame „öffentliche Meinung“ evoziere. Weder gegenüber Deutschland noch gegenüber „Dissenter[n] im eigenen Land“ seien selbst Vorkriegsliberale sonderlich liberal gewesen. Einem an gegenwärtige Zustände gemahnenden Thema nimmt sich im Folgenden Jens Hacke an (S. 153-182),

der Krisenursachen des Liberalismus der Zwischenkriegszeit auf prägnante Nenner bringt (S. 168). Im Nichtfinden zeitgemäßer politischer Antworten war der Liberalismus hier gewissermaßen sein eigener Feind, wenn auch weitsichtige Analysten unter den liberalen Publizisten und Wissenschaftlern wie Moritz Julius Bonn die Dilemmata erkannten und Lösungswege aufzeigten.

Wie antiliberal auch das akademische Klima war, zeigt Ewald Grothe mit seiner Suche nach liberalen Historikern und dem Liberalismus als Thema in der Geschichtswissenschaft der Zwischenkriegszeit (S. 183–201). Wie fatal sich die geringe Zahl von staatsbejahenden Historikern einerseits und die fast durchweg pejorative Behandlung des historischen Liberalismus in den Arbeiten der rechtskonservativ-monarchischen Mehrheit ihrer Kollegen andererseits auf die geschichtspolitische Atmosphäre der seinerzeitigen Zeitgeschichte auswirkten, kann man leicht ermessen: „Viele Historiker waren fest davon überzeugt, Botschafter einer meinungsbildenden Wissenschaft zu sein und in einer Art öffentlichen Auftrag zu handeln“, konstatiert Grothe (S. 187), und nennt damit die Hauptursache für die publizistische Ablehnung des als undeutschen, westlichen Import stigmatisierten liberalen Parteienstaates durch die Mehrheit der professionellen Historiker. Kaum erquicklicher sind die Ausführungen Reinhard Mehrings über „die Beisetzung“ des klassischen Liberalismus durch Carl Schmitt, einem der nach landläufiger Meinung bekanntesten Antiliberalen des 20. Jahrhunderts (S.203–227). Dass diese werkimmanente Zuschreibung mit dem Sicherheiten und Toleranzen bedürftigen, „kapriziösen Leben“ (S. 221) Schmitts auffällig kontrastiert, ist eine schöne Pointe aus der Feder des kenntnisreichen Biographen, auf deren breiteren Hintergrund hier nicht weiter eingegangen werden soll. Nur so viel: Die als prekär empfundene gesellschaftliche Situation des Aufsteigers mit den Sehnsüchten nach weiterem Aufstieg schürte Affekte gegenüber jenen „liberalen“ Angehörigen des gehobenen Bürgertums, die ihren elitären Status ererbt hatten und bestenfalls verteidigten, aber nicht mehr erkämpfen mussten.

Anne C. Nagels Beitrag umspannt anschließend ähnlich wie derjenige über Schmitt drei deutsche Staatssysteme, allerdings in einem anders gelagerten, nicht unbekanntem und doch bisher kaum mit so viel kritischer Distanz und zugleich Empathie behandelten Fall (S. 229–251). Der politische Lebensweg des in der Weimarer Republik der linksliberalen DDP angehörigen Neuzeithistorikers Wilhelm Mommsen zeugt tatsächlich „[v]on der Schwierigkeit, in Krisenzeiten liberal zu sein“ (S. 229). Sein hier distanziert und nüchtern beschriebenes Umschwenken auf die Linie des vermeintlich siegreichen Überwinders des Liberalismus wurde ihm nach 1945 zum Verhängnis: Nun war er nicht nur einer der vielen, aus freien Stücken der NSADP angehörenden Professoren gewesen. Schlimmer, und folgenreicher: In ihm sahen viele konservative, zuvor nicht weniger korrumpierte Fachgenossen zumindest als Ablenkungsmanöver die Kollege-gewordene Opportunität des politischen Liberalismus. Ein nach Ämtern und damit verbundenen Befugnissen strebender Charakter hatte nach 1945 überreizt: Mommsen wurde „geopfert“, weil, wie Anne C. Nagel schlüssig herausarbeitet, „am einstigen liberalen Verteidiger der Weimarer Republik ein Exempel statuiert wurde, während viele ihrer erklärten Gegner vor und nach 1945 wie selbstverständlich auf der richtigen Seite standen“ (S. 251).

Nicht konservativ, sondern dezidiert links waren die in Ideologie und Habitus antiliberalen 68er, wie Wolfgang Kraushaar herausstellt (S. 254–270). Auch wenn das Gros der seinerzeitigen Protagonisten sich als Teil einer „Freiheitsrevolte“ (S. 254) verstand, ging es ihnen doch primär um die eigene Befreiung aus vermeintlicher Unfreiheit, nicht um Freiheit für andere oder gar alle. In der ideologisch verengten Sicht des SDS war der Liberalismus die „Ideologie des Konkurrenzkapitalismus“ (S. 256) – und damit per se der Feind einer erstrebenswerten freien sozialistischen Weltordnung. Man taucht noch tiefer in die geistigen Vernebelungen der wirtschaftlich saturierten, geistig aber merkwürdig rast- und

ziellosen Epoche vor und nach der ersten Ölkrise ein, wenn man zuletzt Wolther von Kieseritzkys Aufsatz über die Legitimationsprobleme der liberalen Demokratie bis gegen Ende der 1970er Jahre liest (S. 271–294). Ausgerechnet die zunächst heißerwünschte, als einzig zeitgemäß geltende sozialliberale Koalition unter der ikonischen Figur des Kanzlers Brandt sah sich mit dem Ende des Wachstumsrausches und dem Einbruch des Terrorismus zu Beginn der 1970er Jahre massiven Problemen gegenübergestellt. Forderungen nach einer sogenannten Tendenzwende, nach einem anderen Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer gesellschaftlicher Mitbestimmung des Wandels blockte der an der Regierung beteiligte Liberalismus mit einer nicht ganz unzutreffenden Begründung ab: Das aus der Eigenwahrnehmung der Koalitionsparteien regierende Bündnis aus Arbeiterschaft und Bürgertum habe die größtmögliche Legitimation der deutschen Bevölkerung. Punkt! Die Fundamentalliberalisierung äußerte sich also nicht nur in „Emanzipation und größerer Teilhabe“, sondern auch in „Zentralisierung und Etatismus“; einem in der Mischung „sehr ambivalenten Ergebnis [...] für die liberale Demokratie“ (S. 295), wie von Kieseritzky resümiert.

An dieser Stelle wünschte man sich ein Fortspinnen des Fadens über die 1970er Jahre hinaus, aber jeder Tagungs- und Sammelband muss einmal ein Ende haben und vielleicht lässt sich mit etwas mehr zeitlichem Abstand auch abgeklärter über das Schlagwort „geistig-moralische Wende“ und den bis 1998 und dann wieder ab 2009 mitregierenden FDP-Liberalismus und seine Feinde urteilen. Was Feindschaft von Gegnerschaft und Kritik unterscheidet, könnte dabei dann stärker herausgearbeitet werden. Insgesamt ist die Mischung aus biographischen und strukturellen Innen- wie Außensichten auf die vielgestaltigen Affekte gegen den Liberalismus anregend.

Friedrichsruh

Ulf Morgenstern

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Anton F. Guhl: Johannes August Lattmann. Sozial und liberal im vordemokratischen Hamburg.

Hamburg: Hamburg University Press, 2014, 2. durchges. Aufl., 132 S., ISBN: 978-3-943423-08-2

In einem handlichen Band widmet sich Anton F. Guhl dem Hamburger Kaufmann und Senator August Lattmann. Erschienen ist die stark bebilderte Biographie in der Reihe „Mäzene für Wissenschaft“ der „Hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung“, womit schon ein erster Hinweis auf das Wirken Lattmanns gegeben ist: Lattmann war, wie Guhl überzeugend herausarbeitet, ein auf den Feldern des Sozialen und der Bildung vielseitig engagierter Unternehmer; ein „ehrbarer“ Kaufmann, der im muster-gültigen Sinne der Gemeinschaft etwas von seinem wirtschaftlichen Erfolg zurückgab.

Lattmanns Lebensspanne (1858–1936) umfasst jene Jahrzehnte, als die alte Hansestadt Hamburg im Zeichen von Industrialisierung, Globalisierung und Kolonialismus zu einer Handelsmetropole von Welt-rang wurde und sich die Vermögen der sprichwörtlichen „Pfeffersäcke“ bildeten. Der Lebensweg Lattmanns spielt vor diesen sozialen und wirtschaftlichen Kulissen und zeigt in fesselnder Weise, wie stark die Verflochtenheit der ohnehin weltweit agierenden Handelselite im Kaiserreich noch zunahm. Schon einleitend formuliert Guhl diesen Befund treffend: „Vor dem Hintergrund eines wirtschaftlich potenten und mehr oder minder saturierten Deutschen Reiches ist die ‚Weltoffenheit‘ Hamburgs bzw. seines Bürgertums nicht bloß Mythos“ (S. 11). Lattmanns Vater hatte als aus Goslar stammender Getreide-makler einen erheblichen Wohlstand erworben und in zweiter Ehe in die Familie Amsinck eingeheiratet, einem der seit Jahrhunderten zur städtischen Führungsschicht zählenden Clans. August Lattmann absolvierte daher den Standards der mütterlichen Familie entsprechend das renommierte Gymnasium Johanneum. Die Nachlassmaterialien lassen eine erfreulich dichte Darstellung selbst schon für das Jugendalter zu. So erfährt man von der Ruderleidenschaft Lattmanns und anderem mehr. Nach dem Abitur rückte Lattmann als Einjährigfreiwilliger bei den vor den Toren Hamburgs stationierten Wands-beker Husaren (Hannoversches Nr. 15) ein. Ein Foto (S. 30) zeigt den jungen Mann in der Uniform der prestigeträchtigen, für die Diensttuenden mit Abstand teuersten militärischen Formation, nähere Aus-führungen dazu fehlen.

Ein Beinbruch in Folge eines Sturzes vom Pferd beendete die Dienstzeit und führte Lattmann auf fami-liär vorgezeichneten Bahnen ins Warenkontor. Für eine Firma des Amsinckschen Großvaters ging der 22-jährige nach Spanien und Portugal. Dort galt es, sich in die Handels- und Kreditgeschäfte einzuar-beiten, die Sprachen zu lernen und im weitesten Sinne in die Geschäfte hineinzuwachsen. In den Fir-men zweier Onkel stieg Lattmann durch seine Talente rasch auf. Der Atlantikhandel von Portugal aus wurde nicht nur nach Brasilien betrieben, sondern auch in die USA, wohin der junge Prokurist Latt-mann, seit 1885 mit einer Hamburger höheren Tochter verheiratet (S. 40–55), Ende der 1880er Jahre übersiedelte. Fotografien von Ausflügen und Wohnungsinterieurs illustrieren die Welt des transatlanti-schen Bürgertums des Wilhelminischen Zeitalters. In New York initiierte er 1892 einen Hilfsfonds für die Cholera-Opfer in Hamburg (S. 59–62) und kehrte 1901 ganz in seine Vaterstadt zurück.

Hier setzte nun seine Stiftertätigkeit ein, und zwar vor allem für die mildtätigen Zwecke der Elisabeth Lattmann-Stiftung und die Wissenschaftliche Stiftung. Guhl zeigt mit einem Augenzwinkern, dass Lattmann trotz seiner Befürwortung einer Universitätsgründung jenes weitverbreitete „Vorurteil [...] der Hamburger Kaufmannschaft [teilte, U.M.], die nur jene Söhne studieren lassen wollte, die offensichtlich ‚für Zucker‘ zu dumm seien“ (S. 66).

Ausführungen über die Kultur des Spendens und Stiftens in der bürgerlichen Welt (S. 70–72) folgt die Schilderung des Einstiegs Lattmanns in die kommunale Politik (S. 73ff.). Seine karitativen Tätigkeiten prädestinierten ihn für eine Mitgliedschaft in der Bürgerschaft; dass er sich 1909 auf die Seite der gegen das rigide Dreiklassenwahlrecht opponierenden Vereinigten Liberalen schlug, überraschte hingegen nicht wenige. 1912 wurde Lattmann, der schon seit Jahren im Gespräch gewesen war, auf Vorschlag Max M. Warburgs als Senator „erwählt“, Guhl schildert verständlich den nicht eben einfachen Wahlmodus.

Zuständig für „Bau-, Eisenbahn-, Justiz- und Unterrichtsfragen“ entfaltete der Mittfünfziger eine breite Tätigkeit. Lattmann gründete die „Gesellschaft für Wohltätigkeit“. Er gehörte dem Gründungskuratorium der „Sozialen Frauenschule“ an und holte die Frauenrechtlerin Gertrud Bäumer nach Hamburg; im Ersten Weltkrieg engagierte er sich in der Kriegshilfe. Für die Zeit nach dem Krieg stellt Guhl die Paradoxie fest, „dass auch Männer wie Lattmann durch die Demokratisierung des Landes von seiner weiteren Mitgestaltung ausgeschlossen wurden“ (S. 94). Der eigentlich auf Lebenszeit ernannte Senator gehörte dem gewählten Senat des Jahres 1919 nicht mehr an. Lattmann war mithin einer jener Politiker der Honoratiorenzeit, die ihre liberalen und demokratischen Überzeugungen nicht auf dem demokratischen Massenmarkt erkämpfen wollten. Ein zweiter herber Einschnitt war der Verlust der amerikanischen Firmenanteile durch Enteignung in den USA, an der der unglückselige Franz von Papen in seiner Funktion als Militärattaché einen wesentlichen Anteil hatte (S. 95). Die Lattmanns sortierten ihren Immobilienbesitz neu und der erfahrene Geschäftsmann übernahm den Vorstandsvorsitz der Deutschen Waren-Treuhand, einer von den Bankiers Warburg und Mendelssohn-Bartholdy gegründeten Warenimport-Gesellschaft. Dem Aufsichtsrat gehörte Lattmann bis zu seinem Tod an. Guhl führt sicher auch durch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wendungen des Lebens der Lattmanns in der Weimarer Republik und dem beginnenden Dritten Reich, dem Lattmann – so die Quellenlage – weder fern noch nah stand.

Im Ganzen liegt mit der Biographie des hansischen Unternehmers und Honoratiorenpolitikers August Lattmann ein weiteres Stück liberaler Bürgertumsgeschichte vor, das, eingebettet in die besonderen Gegebenheiten der Hamburger Handels- und Senatswelt, die zu Unrecht vernachlässigte Weltläufigkeit und die innere Vielgestaltigkeit der wilhelminischen Eliten vor Augen führt. Sozialer und demokratischer Wandel war in den zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg mit Männern wie Lattmann möglich; die noch immer verbreitete Fokussierung auf nationalistisch-militaristische Lautsprecher und kleinstädtische Antisemiten verstellte dafür den Blick.

Friedrichsruh/Hamburg

Ulf Morgenstern

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Lorenz Waibel: Ludwig Häusser (1818–1867). Kleindeutsche politische Geschichtsschreibung an der Universität Heidelberg.

Hamburg: Kovač, 2014 (= Studien zur Geschichtsforschung der Neuzeit, Band 80), 333 S., ISBN: 978-3-8300-7345-1

Lohnt sich heute noch die Auseinandersetzung mit Ludwig Häusser, dessen wissenschaftliches Werk wohl nur noch selten bis gar nicht mehr rezipiert wird und dessen Methodik schon zu Lebzeiten unter den Fachgenossen vielfach als überholt galt? Wilhelm Dilthey verband mit der Biographie als historiographische Form die Aufgabe, größere Ereignisabläufe perspektivisch im Individuum gebündelt zu beschreiben. Der wissenschaftliche Mehrwert, der sich aus der Auseinandersetzung mit Einzelpersönlichkeiten ergibt, ist demnach nicht in deren primärer Gegenwartsrelevanz zu sehen, sondern in der Bedeutung ihrer Biographie als Kreuzungspunkt und Spiegel der Problemlagen ihrer Zeit. Häusser, als Vertreter des Typus des politischen Professors, ist von diesem Standpunkt aus gesehen wegen der Verbindung seines wissenschaftlichen und politischen Engagements in der Auseinandersetzung um eine nationale und liberale Staats- und Gesellschaftsordnung durchaus einer fundierten biographischen Bearbeitung wert gewesen. Gerade wegen seiner Außenseiterrolle als Geschichtsschreiber, seiner besonderen Stellung als süddeutscher Repräsentant der kleindeutschen Idee und seines Grenzgängertums zwischen Politik und Wissenschaft kann die Untersuchung seines Lebens eine interessante Sicht auf das bewegte 19. Jahrhundert bieten.

Waibel geht seine Häusser-Biographie in recht konventioneller Weise an. Ohne breite methodische Fundierung seines Vorhabens, ohne Verweise auf eine Netzwerktheorie oder ähnliches, setzt er unvermittelt nach einer kurzen Forschungsstanddiskussion mit der chronologischen Beschreibung von Häussers Werdegang ein. Dieses Vorgehen ist nicht zwingend als Schwäche auszulegen, sondern kann auch, allen Moden zum Trotz, als Bekenntnis zum Aussagewert einer traditionellen Geschichtsschreibung verstanden werden. Hauptabsicht ist es, Häussers zentrale Grundanschauungen – Protestantismus, Liberalismus, Nationalismus – von Herkunft und früher Bildung her abzuleiten und deren Verwirklichung in Häussers Handeln nachzuvollziehen. Sein protestantisches Elternhaus und die Ausbildung am Mannheimer Lyceum durch Friedrich August Nüsslin werden dabei ebenso wie die Erfahrung der ständig spürbaren machtpolitischen Ambitionen des nahen französischen Nachbarn als maßgebliche Prägrößen von Häussers Weltsicht herausgearbeitet.

Waibel weist nach, wie Häusser sich bereits in seiner ersten Publikation über die Geschichte der rheinischen Pfalz als strikt nationaler Historiker mit anti-französischer Grundtendenz präsentierte. Im Sinne des nationalpädagogischen Anspruchs seines Lehrers Friedrich Christoph Schlosser profilierte er sich zunehmend als bedeutender nationaler und liberaler Publizist. Leider erklärt der Autor aber kaum die tieferen Eigenheiten dieser Schlosser zumindest recht ähnlichen Geschichtsschreibung; genauso wenig wie beispielsweise die mögliche Relevanz einer typisch frühliberalen Erziehungsprämisse thematisiert wird. Gerade der Darstellung von Häussers liberaler Gedankenwelt mangelt es an einer ge-

wissen Tiefenschärfe – eine Verankerung in den Kontext eines weiteren, über Baden hinausreichenden binnenliberalen Diskurses findet nicht statt und auch Hinweise auf die zugrundeliegenden gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen bleiben vergleichsweise oberflächlich. So hätte Häussers Haltung zur Sozialen Frage, die nur kurz berührt wird, hierzu durchaus die Möglichkeit geboten. Dementsprechend bleibt die Darstellung des Liberalen Häusser vorwiegend an dessen konkretem publizistischem und politischem Handeln orientiert; im dabei präsentierten Faktenreichtum, der jedoch den Autor immer wieder zu etwas überlangen Zitaten verleitet, liegt eine wesentliche Stärke des Buchs. Indem er unter anderem auf Häussers Rolle als Mitherausgeber der Deutschen Zeitung und während der Revolution von 1848 eingeht, charakterisiert Waibel den Heidelberger Professor als gemäßigten Liberalen. Nach dem Amtsantritt seines einstigen Schülers Großherzog Friedrich sei Häusser zu einem „der einflussreichsten Abgeordneten in der Phase der Reliberalisierung der badischen Politik“ (S. 235) aufgestiegen. Interessant ist es zu lesen, wie Häussers Liberalismus sich mit der zweiten für ihn maßgeblichen Wertordnung, dem Protestantismus, während kirchenpolitischer Auseinandersetzungen in Baden verband. Letzter Ausdruck dieser Haltung sei die Forderung nach „Schaffung eines protestantisch-liberal dominierten Kulturstaates“ (S. 219) gewesen.

Anhand der Stellung zur nationalen Frage gelingt es Waibel letztlich, die Besonderheit der doppelten Außenseiterrolle Häussers als Verfechter einer kleindeutschen Haltung in Südwestdeutschland und Vertreter einer pro-borussischen Heidelberger Schule, die stets gegenüber der vergleichbaren Berliner Richtung im Hintertreffen blieb, zu beschreiben. Auch sein Eintreten für einen föderalen deutschen Nationalstaat unter preußischer Führung, der mit Ängsten vor den Gefahren eines übermächtigen „Großpreußens“ einherging, machen ihn in Waibels Darstellung zu einem kleindeutschen Politiker und Historiker eigener Prägung. Häusser stand auch Bismarck skeptisch gegenüber; sein früher Tod 1867 verhinderte aber eine eindeutige Positionierung in der Debatte über das Verhältnis des Liberalismus zur Politik des preußischen Ministerpräsidenten, wie sie ein Jahr zuvor von Hermann Baumgarten angestoßen worden war.

Passau

Sven Prietzel

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Hartmut Bartmuss: Bernhard Dernburg. Kolonialpolitiker der Kaiserzeit.

Berlin: Verlag Hentrich & Hentrich, 2014 (= Jüdische Miniaturen, Band 148), 112 S., zahlr. Abb., ISBN: 978-3-95565-034-6

In diesem Band der sich mit der Portraituren jüdischer Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens beschäftigenden Reihe „Jüdische Miniaturen“ widmet sich der evangelische Theologe Hartmut Bartmuss dem Leben und Wirken des liberalen Bankiers und Politikers Bernhard Dernburg. Der Schwerpunkt dieser biographischen Kurzdarstellung liegt dabei – wie der Titel bereits ausweist – vornehmlich auf der Würdigung des ‚Kolonialpolitiklers‘ Dernburg und dessen im Grunde nur drei Jahre währende Tätigkeit als Staatssekretär des im Jahre 1907 mit ihm als erstem Leiter gegründeten Reichskolonialamtes.

Erst spät, nach dem Scheitern der ersten Phase deutscher Kolonialherrschaft, das sich insbesondere in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika im blutig niedergeschlagenen Aufstand der Hereros gegen die deutsche Kolonialmacht sowie den vier Jahre währenden Guerillakrieg der Nama für beide Seiten verlustreich niederschlug, übernahm er – zunächst seit 1906 als Direktor der noch dem Auswärtigen Amt eingegliederten Kolonialabteilung, seine erste politische Tätigkeit. Ihn vor diesem Hintergrund global als „Kolonialpolitiker der Kaiserzeit“ zu charakterisieren erscheint daher zunächst einmal zumindest als hinterfragenswert. Vielmehr gehört er zu den politischen Persönlichkeiten, die förmlich als Quereinsteiger und zugleich Außenseiter – Dernburg gehörte väterlicherseits einer zum evangelisch-lutherischen Glauben konvertierten jüdischen Familie an – in einer Phase politischer Krisen und gesellschaftlicher Umstrukturierung, wenngleich auch nur relativ kurzfristig, politische Leitungsfunktionen übernahmen. Jahre nach seiner Tätigkeit als Kolonialpolitiker sollte der Bankier, Finanzexperte und DDP-Politiker Dernburg noch einmal für zwei, gleichwohl bedeutende Monate, in der deutschen unmittelbaren Nachkriegsgeschichte als nunmehr republikanischer Reichsminister der Finanzen und zugleich Vizekanzler fungieren und, noch bis Anfang der 1930er Jahre, als Sachverständiger zu finanzpolitischen Entscheidungen der Reichsregierung herangezogen werden. Aus beiden ministerialen Posten schied er aus politischen aber auch persönlichen Gründen aus; in beiden Funktionen waren es bedeutende Widerstände und letztlich auch die gegebenen Umstände, die ihn angreifbar machten und ihn mit seinen politischen Vorstellungen scheitern ließen. Mit dem Focus auf Dernburgs unbestreitbaren Leistungen in der Reformierung und Sanierung der Verwaltung, des Wirtschafts- und Finanzwesens der Kolonialpolitik, dem Bestreben zur Beendigung monopolkapitalistischer Vertragspolitik, der Reform des Ausbildungswesens für Kolonialbeamte und der damit einhergehenden zunehmenden Verwissenschaftlichung der Erforschung kolonialer Zusammenhänge, der juristischen Kodifizierung des Eingeborenenrechts, kann aber auch Bartmuss nicht darüber hinwegtäuschen, dass Dernburgs rationale, als Finanzexperte angegangene Kolonialpolitik der „Erhaltungsmittel“ statt der bisher vorwiegend praktizierten Zerstörung von ‚humanen und ökonomischen‘ Ressourcen primär auf die wirtschaftliche Effizienz und kulturmissionarische Aufgabe des Deutschen Reiches ausgerichtet war. Sein ursprüngliches Konzept eines sich am britischen Vorbild orientierenden „liberalen Wirtschaftskolonialismus, der da

rum bemüht sein sollte, ökonomische Realität und ethisch-zivilisatorische Grundsätze (etwa in Bezug auf die Arbeiterfrage und die Lebensbedingungen der indigenen Bevölkerung) in Einklang zu bringen“,¹ scheiterte u.a. auch an der kolonialen Praxis vor Ort. Erwartungen und Ansprüche an eine Reformierung der Kolonial- und Eingeborenenpolitik, insbesondere im Hinblick auf eine zunehmend autonomere Selbstverwaltung der Kolonien, stießen – abgesehen von der Kritik national-konservativer Parteien und dem Widerstand kolonialer Ansiedler, Presseorgane, der vor Ort stationierten Beamtenschaft sowie agrarisch-nationalen Interessenverbänden – auf die in der Realität maßgeblichen Erfordernisse an eine primär auf wirtschaftliche Effizienz und nicht-humanitären Grundsätzen unterliegenden Kolonialpolitik.

Bartmuss liefert mit seinem Portrait eine informative biographische Darstellung. Die Fokussierung auf die kolonialpolitische Tätigkeit ist dabei sicher eine Möglichkeit, Dernburg näher zu kommen; sie hinreichend – etwa im Gesamtzusammenhang der postcolonial studies – zu analysieren, ist in dieser Reihe selbstredend kein Platz, ebenso wenig für eine eingehendere Beschäftigung mit den kolonialpolitischen Vorstellungen der mit Dernburg kooperierenden (liberalen) Zeitgenossen wie Wilhelm Külz und Walther Rathenau. Ihr ist daher leider zugleich auch ein gewisses Defizit an darüber hinausgehenden Fragen und Antworten zur Person, zum liberalen Partei- und Finanzpolitiker Dernburg geschuldet.

Berlin

Christiane Scheidemann

¹ Bernhard Dernburg in einer Rede vor dem Reichstag, 125. Sitzung, am 18.3.1908, Stenographische Berichte des Reichstages, XII. Legislaturperiode, Bd. 231, S. 4078.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Otto Carl Kiep: Mein Lebensweg 1886–1944. Aufzeichnungen während der Haft.

Mit einem Nachwort von Johannes Tuchel. Berlin: Lukas Verlag, 2013 (= Studien der Gedenkstätte deutscher Widerstand, Reihe B: Quellen und Zeugnisse, Band 4), 243 S., zahlr. Abb., ISBN: 978-3-86732-124-2

Es ist ein bemerkenswertes Buch, das nun, nach einem ersten Privatdruck der Töchter aus dem Jahre 1982, mit einem aktualisierten und um die Auswertung neu erschlossener Quellen erweiterten Nachwort des Politikwissenschaftlers und Leiters der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, Johannes Tuchel, erneut publiziert wurde. – Bemerkenswert ist es in vielfacher Hinsicht. Allein die Entstehung des Buches, das Kiep während seiner über ein halbes Jahr währenden Inhaftierung als Angehöriger des durch eine Denunziation ‚ausgehobenen‘ sogenannten „Solf-Kreises“ schrieb, ist außerordentlich. Die nach seiner Inhaftnahme im Januar 1944 durch die Gestapo zwischen Februar und Ostern 1944 im Zellenbau des Konzentrationslagers Ravensbrück entstandene biographische Aufzeichnung wurde nicht nur unter „schwierigsten Verhältnissen und größter seelischer Bedrückung“ (S. 17) fast fehlerfrei und ohne größere Korrekturen verfasst; sie stellt darüber hinaus einen sehr ausführlichen, erstaunlich genauen Lebensabriss dar, der ausschließlich aus der Erinnerung heraus gut lesbar und anschaulich formuliert wurde. Noch während seiner Haftzeit konnte Kiep das handschriftliche Manuskript seiner Frau zur Abschrift übergeben, die dieses Ende 1944, wenige Monate nach seiner Hinrichtung, letztlich als Vermächtnis des Vaters ihren beiden Töchtern (der einzige Sohn Albert kam Ende 1944 ums Leben) überreichen konnte.

Die dadurch entstandene Unmittelbarkeit der Darstellung, die bis 1939 relativ eingehend die einzelnen Stationen und persönlichen Lebensumstände wiedergibt, die letzten vier Jahre seit 1939 – sicher auch im Hinblick auf die ständigen Verhöre und die damit verbundene Gefährdung seines sozialen Umfeldes – relativ knapp umreißt, hinterlässt eine nachdrückliche Wirkung auf den Leser. Bei der Beschreibung von Weichenstellungen, Erfahrungen und Lebenssituationen vermittelt Kiep dabei eine durchaus pragmatische, aber feste und konsequente moralische Grundhaltung, – eine Art „Gesinnungs- und Überzeugungstreue“ (S. 213), die ihn in seiner Lebensführung wie auch in seiner politischen Überzeugung kennzeichnete. Einer Generation angehörend (geboren 1886), die den Ersten Weltkrieg bereits als Erwachsener miterlebte, zweifelte er – nicht zuletzt auch als Kaufmann – an der Sinnhaftigkeit des Krieges und erkannte bald die „Gefahren und Schwächen der Repressalie in der Kriegsführung“ sowie später auch in der unter völlig veränderten Vorzeichen stehenden Friedenszeit. Kieps berufliche Karriere, die ihn erst über Umwege unmittelbar nach einer kaufmännischen, später juristischen Ausbildung in das Auswärtige Amt der unmittelbaren Nachkriegszeit führte, war keineswegs gradlinig. Erst seine mit dem Verlauf der Endphase des Krieges und seiner militärischen Zuteilung in Südrussland einhergehenden Erfahrungen und Fähigkeiten „im Rahmen der Bemühungen um das [dortige] Deutschtum“ (S. 77) brachten ihn in unmittelbaren Kontakt mit dem Auswärtigen Dienst, in den er daraufhin im Zuge der sich abzeichnenden personellen Öffnung Ende 1918 einberufen wurde. Bis 1925 übernahm er unterschiedliche Verwendungen, vorwiegend in der Zentrale, aber auch bei der deutsch-amerikanischen

Gemischten Kommission für amerikanische Kriegsschadensersatzansprüche (Mixed Claims Commission) in Washington, wechselte dann zwischen 1923 und 1925 in die Reichskanzlei und war schließlich bis 1926 als Ministerialdirektor Pressechef der Reichsregierung, bis er, seit 1926 in den USA, ab 1931 in seiner bedeutendsten Position als Generalkonsul in New York fungierte. Der in Schottland aufgewachsene Sohn eines zu einer angesehenen Position gelangten niedersächsischen Kaufmanns und Wahlkonsuls verfügte nicht zuletzt neben hervorragenden Sprachkenntnissen über eine gewisse Weltläufigkeit und eine durchaus differenzierte Außensicht auf das ihn während seiner Schulzeit in der renommierten Klosterschule Ilfeld prägende deutsche Nationalgefühl. Gerade dies charakterisiert Kiep sicherlich in besonderem Maße und erklärt seine kritische, nichtdestotrotz zugleich nationale und patriotische Einstellung zu seinem Vaterland. Diese Fähigkeit zu politischer Kritik und Abstraktion – ohne dabei (partei-)politisch aktiv zu sein – brachte ihn sowohl 1933 in Washington anlässlich einer demonstrativ positiven Haltung gegenüber dem jüdischen Emigranten Albert Einstein als auch letztlich seit Kriegsbeginn und dem weiteren, von ihm als unheilvoll beurteilten Kriegsverlauf in ernsthafte, letztlich lebensbedrohliche Schwierigkeiten. Im August 1933 als Folge einer gegen ihn gerichteten Kampagne in den einstweiligen Ruhestand versetzt, blieb er dennoch bis Kriegsbeginn, wengleich nicht im eigentlichen Auswärtigen Dienst, so doch als Sachverständiger und Kommissionsleiter für wirtschaftliche Fragen und Verhandlungen mit dem Amt verbunden, agierte stets im Sinne einer bilateralen Verständigung.

Mit dem 1939 einsetzenden Militärdienst im Oberkommando der Wehrmacht Amt Ausland/Abwehr geriet er dann zwangsläufig auch in Kontakt mit späteren Widerstandskämpfern wie Hans von Dohnanyi oder Hans Oster, ohne allerdings aktiv an Aktionen beteiligt zu sein. Seinem privaten wie dienstlichen Umfeld waren dabei auch Mitglieder des Kreisauer Kreises wie Helmuth James Graf von Moltke sowie Peter Graf Yorck zu Wartenburg oder die dem Widerstand im Auswärtigen Amt zuzuordnenden Diplomaten Ulrich von Hassell und Theodor Kordt zuzurechnen. Kiep gehörte damit einem Netzwerk zum Teil miteinander in Verbindung stehender, auf unterschiedliche Weise agierender und ebenso unterschiedlich zusammengesetzter Gruppierungen an und war dort auch durchaus im Zusammenhang mit einer späteren, nach einem Umsturzversuch neu zu bildenden Reichsregierung als künftiger Staatssekretär im Auswärtigen Amt in Erwägung gezogen worden (S. 187). Aus seiner pessimistischen Einstellung zur hoffnungslosen militärischen Lage, zum weiteren Kriegsverlauf oder aus seinen Gedanken über eine mögliche bedingungslose Kapitulation (S. 187) machte er offensichtlich in den dort geführten Gesprächen kein Hehl. Seine bloße Verbindung zu dem sich um die Witwe des ehemaligen Staatssekretärs des Auswärtigen Amts Wilhelm Solf, Johanna Solf, oder den um die christliche Pädagogin Elisabeth von Thadden gebildeten Widerstandskreis sollte schließlich nach einer Denunziation zu seiner Verhaftung sowie auch der seiner Ehefrau Hanna im Januar 1944 führen. Noch vor dem Attentat auf Hitler fand am 1.7.1944 der Prozess gegen ihn sowie gegen Elisabeth von Thadden vor dem Volksgerichtshof statt, in dem er aufgrund seiner defätistischen Haltung und Äußerungen zum Tode verurteilt wurde. Das Urteil wurde wenige Wochen später, nach zahlreichen vergeblichen Gnadenersuchen, am 26.8.1944 in Berlin-Plötzensee vollstreckt. Noch Wochen vor dem Prozess versuchte Kiep, der aufgrund der von SS und der Gestapo fälschlicherweise unterstellten Zugehörigkeit zum Kreise um den Widerstandskämpfer Carl Friedrich Goerdeler zunehmend erschwerte Haftbedingungen und wiederholte Folterung erleiden musste, sich das Leben zu nehmen, um auf diese Weise seine Familie vor weitergehenden, auch wirtschaftlichen Repressalien, zu schützen.

Kieps Rolle im Widerstand erfährt nicht zuletzt durch diese aktuelle Darstellung eine ihr entsprechende Einordnung, die aufgrund eingehender Quellenforschung Tuchels gewichtiger ausfällt als dies bis-

her in der Forschung – etwa auch in der über das Auswärtige Amt und seine Vertreter im Dritten Reich verfassten Studie¹ – dargelegt wurde. Sein Andenken, das seine Frau Hanna Kiep in markanter Weise als Frauenreferentin und Mitgestalterin einer deutsch-amerikanischen Verständigung im Auswärtigen Amt der unmittelbaren Nachkriegszeit aktiv weitertrug, erfährt mit diesem Buch einen weiteren Beitrag, der darüber hinaus dem Leser anschaulich ein Stück Zeitkolorit und einen informativen und zugleich erschütternden Einblick in ein Einzelschicksal des deutschen Widerstandes bietet.

Berlin

Christiane Scheidemann

¹Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. Die deutschen Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München 2010, S. 304 u. 560.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Karl-Josef Kuschel: Theodor Heuss, die Schoah, das Judentum, Israel. Ein Versuch.

Tübingen: Verlag Klöpfer und Meyer, 2013, 440 S., ISBN: 978-3-86351-068-8

In seiner Berliner Rede am 18. März 1946 führte Theodor Heuss aus: „Wie konnte es dazu kommen, dass ein Volk dieser Geschichte, dieser Leistungen in diese Zeit der zwölf Jahre hineinging? Schuld, Schuld aller Deutschen? Schuld der Passivität? Wir sind alle in dieser Zeit und durch diese Zeit schmutzig geworden. Wenn man in ein Volk hineingeboren ist, in seiner geistigen Luft aufwuchs und seine Geschichte weiß, seine Landschaft kennt, dann liebt man dieses Volk. [...] So entstand, ohne dass wir plump und vertraulich dem Beethoven oder Kant auf die Schulter klopfen, das Bewusstsein, dass wir stolz darauf waren, Deutsche zu sein. Und das war das Scheußlichste und Schrecklichste, das uns der Nationalsozialismus antat, dass er uns zwang, uns schämen zu müssen, Deutsche zu sein [...] und dass wir Sehnsucht haben müssen nach dem Tag, wieder mit freier Seele stolz darauf sein zu dürfen, Deutsche zu sein. Das ist ein schwerer Weg der Selbstreinigung, den wir gehen müssen.“ (S. 17). Theodor Heuss hat sich mit dieser Selbstreinigung befasst, in seiner ihm eigenen Art.

Der Publizist und Herausgeber der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ Karl Marx (1897–1966) schrieb in seinem 1964 veröffentlichten Buch „Theodor Heuss – An und über Juden“, dass „das Verhältnis von Heuss zu den Juden von ungewöhnlicher Unbefangenheit und Gelassenheit getragen war“.¹ Mag diese Einschätzung zunächst verwundern, erschließt sich dem näheren Kenner diese Einschätzung doch, wenn man Heuss' Persönlichkeit besser kennt. In den letzten drei Jahren sind drei Biografien erschienen, die den Menschen, Politiker, Publizisten und Literaten in den Mittelpunkt gestellt haben.² Diese Gelassenheit, die Marx und andere betonten, war „das Ergebnis seines freien Menschentums, die in jedem nur den – guten oder schlechten, dummen oder klugen – Menschen im menschlichen Verstehen und menschlichen Mitfühlen sah, nie primär den Christen oder Juden, den Landsmann oder den Fremden“.³ Diese Ausführungen sind heute, nach den neuesten Forschungen des Literaturwissenschaftlers und Theologen Karl-Josef Kuschel, bestätigt und sehr differenziert und eloquent in seinem Buch „Theodor Heuss, die Schoah, das Judentum, Israel, ein Versuch“, das 2013 erschienen ist, dargestellt.

Kuschel widmet sich in seiner 440 Seiten starken Untersuchung dem Verhältnis Heuss' zu vielen jüdischen Zeitgenossen, dem Judentum selbst und der Etablierung einer Erinnerungskultur im Umgang mit dieser jüngsten Vergangenheit. Heuss war derjenige, der den Begriff der „Kollektivscham“ (Kapitel 8, S. 241–274) prägte und sich damit aktiv gegen die „Kollektivschuld“ wendete. Für Heuss war eine wahrhaftige Erinnerungskultur, eine unverfälschte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit Ausgangs-

¹ Karl Marx: Vorwort. In: Theodor Heuss: An und über Juden. Düsseldorf 1964, S. 7.

² Ernst Wolfgang Becker: Theodor Heuss. Bürger im Zeitalter der Extreme. Stuttgart 2011; Peter Merseburger: Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident. Biographie. München 2012. Joachim Radkau: Theodor Heuss, München 2013.

³ Wie oben Anm. 1.

punkt für die Glaubwürdigkeit eines zukünftigen deutschen Staates und seiner demokratischen Zukunft.

Diese Grundgedanken sind eindrucksvoll und quellenreich bei Kuschel aufgeführt. Er beginnt seine Untersuchung mit der Reise des Altbundespräsidenten nach Israel (S. 35-42), schildert seine Begegnungen dort und das intensive Nachdenken über die nahe Vergangenheit. Dies bedeutete für Heuss nach Kuschel „Schlußstrich? ‚Um unseretwillen nicht!‘“ (S. 58), wie eindrucksvoll im zweiten Kapitel „Feldzüge des Vergessens“ (S. 45-58) zu erfahren ist. Die folgenden Kapitel widmen sich u.a. den jüdischen Weggefährten von Heuss, seiner Auseinandersetzung mit ihnen und ihr Einfluss auf Heuss' eigenes Denken (Kapitel 5, S. 96-129 und Kapitel 7, S. 163-240, Kapitel 10, S. 291-308). Auch Elly Heuss-Knapp und ihre Prosaminiaturen werden eindrucksvoll und vor allen Dingen eindringlich thematisiert (Kapitel 6, S. 134-162) dargestellt.

Heuss' Engagement für den christlich-jüdischen Dialog wird durch Kuschel hervorragend analysiert, ohne es zu idealisieren (Kapitel 9, S. 275-290 und Kapitel 11, S. 309-341). Nah an den Quellen gelingt es Kuschel, den gedanklichen Weg Heuss' mit seinem politischen Weg zu verbinden, etwa im Kapitel 10 „Anerkennung des Staates Israel und das ‚Araberproblem‘“ (S. 342-362).

Karl-Josef Kuschel hat es geschafft, ein gleichsam faszinierendes, dennoch kritisches Bild (etwa wenn es um „antisemitische Anklänge“ bei Heuss geht, S. 104ff.) der Heuss'schen Bemühungen um den christlich-jüdischen Dialog zu zeichnen, bleibt in seiner Analyse sehr nah an den Quellen und wird dadurch nur noch eindrucksvoller rezipiert. Drei Schlüsselreden von Heuss, „Mut zur Liebe“ (1949), „Woche der Brüderlichkeit“ (1952) und „Das Mahnmal“ (1952), runden diese hervorragende Studie ab.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

John Stuart Mill: Liberale Gleichheit. Vermischte politische Schriften.

Hrsg. von Hubertus Buchstein und Antonia Geisler, Berlin: Akademie-Verlag, 2013 (= Schriften zur europäischen Ideengeschichte, Band 7), 325 S., 1 s/w-Abb., ISBN: 978-3-05-005687-6

Die Sammlung „vermischter politischer Schriften“ des englischen Philosophen John Stuart Mill (1806–1873) erscheint innerhalb der „Schriften zur europäischen Ideengeschichte“, die Harald Bluhm seit einigen Jahren im Akademie-Verlag herausgibt. Frühere Bände bieten Texte ähnlicher Art von Jeremy Bentham (dem Lehrer Mills), Charles Fourier, Robert Michels, Emmanuel Joseph Sieyès, Alexis de Tocqueville und des Marquis de Condorcet. Sie alle haben den Vorzug, dass hier einer deutschsprachigen Leserschaft Artikel, Essays und kürzere Abhandlungen sehr prominenter Autoren vorgelegt werden, die man normalerweise nicht zur Kenntnis nimmt. Sie können auf jeden Fall zu einer Differenzierung beitragen, bieten aber auch die Gelegenheit, sich von weniger bekannten Fragestellungen aus dem Werk anzunähern. Ein weiteres tragen überdies die ausführlichen Einleitungen der Bandherausgeber bei, die grundlegende Informationen zu Biographie und Werk mit speziellen Verstehenshilfen für die präsentierten Texte verbinden.

Die besondere Zielsetzung des Mill-Bandes besteht nach Hubertus Buchstein und Antonia Geisler darin, Mill als „public intellectual“ bekannt zu machen. Zu diesem Zweck werden elf Texte aus der Zeit von 1825 bis 1868 abgedruckt; die Übersetzungen stammen von Veit Friemert und Shivaun Conroy. Zwei Beiträge sind bereits zu Mills Lebzeiten in deutscher Sprache erschienen; für die vorliegende Sammlung wurden die älteren Übersetzungen revidiert. Als Textgrundlage dienten die jeweiligen Fassungen in den von John M. Robson herausgegebenen „Collected Works“. Einige Überschneidungen mit den Bänden der „Ausgewählten Werke“, die Ulrike Ackermann und Hans Jörg Schmidt seit 2012 im Murmann-Verlag herausgeben, fallen nicht ins Gewicht.

Auch die Frage, ob es solcher Textausgaben in Zeiten zunehmender Bilingualität überhaupt bedarf, scheint dem Rezensenten wenig relevant zu sein. Jeder wissenschaftliche Umgang mit klassischen Autoren, selbst wenn er in fremdem Sprachgewand auftritt, stellt einen Forschungsbeitrag dar, und dazu gehören natürlich auch Editionen. Im Falle Mills ist es ohnehin schwer zu entscheiden, in welchem Maße er außerhalb der Institute für Politische Wissenschaft und für Philosophie gegenwärtig in Deutschland überhaupt gelesen wird. Leicht zugänglich jedenfalls sind die Freiheitsschrift von 1859 und diejenige über den Utilitarismus von 1861 (beide in zweisprachigen Ausgaben bei Reclam). Diese Texte dürften doch immerhin eine gewisse Beachtung finden, denn ihr grundlegender Rang ist un-zweifelhaft. Aber schon die „Betrachtungen über die repräsentative Demokratie“, obwohl als Suhrkamp-Taschenbuch erhältlich, nehmen eine Randstellung ein, und erst recht dürfte die Publikation einer deutschsprachigen Ausgabe der Autobiographie (im Meiner-Verlag) als ein Wagnis bezeichnet werden. Wie dem auch sei: wer sich für Mill und die Geschichte des liberalen Gedankens im 19. Jahrhundert interessiert, wird nun auch die Auswahl kleiner „vermischter politischer Schriften“ gerne in die Hand nehmen.

Man darf sich von der Lektüre eine kräftige Kolorierung des Mill-Bildes versprechen. Die Zwiespältigkeit allerdings, die diesem Bild üblicherweise (und nicht zu Unrecht) anhaftet – auf der einen Seite der demokratische Freiheitsfreund mit seinem Eintreten für Minderheitenrechte und Frauenemanzipation, auf der anderen der konservativ-elitäre Ideologe – wird hier nicht aufgelöst. Dafür erscheint ein kämpferischer Intellektueller, der sich in dezidierten Stellungnahmen zu den wichtigen Fragen der Zeit an ein breites Publikum wandte. Auch auf die von ihm selbst gerne und voller Stolz in Anspruch genommene Bezeichnung als eines Liberalen sowie auf seine Stellung als wichtigster theoretischer Protagonist des Liberalismus fällt durch diese Texte durchaus eine neue Beleuchtung.

Als Theoretiker, dem es um die „liberale Zivilisierung der Welt“ gegangen ist, zeigen ihn die beiden einleitenden Artikel „Zivilisation“ (1836) und „Einige Bemerkungen zur Nichteinmischung“ (1859). Vier weitere Texte stellen die Herausgeber unter die Überschrift „Die liberale Aktivierung des Bürgers“, wobei zwischen der Publikation des ersten und des letzten dieser Gruppe einundvierzig Jahre liegen. Im Mittelpunkt stehen innenpolitische Probleme Englands. Das verbindende Motiv ist Mills Interesse daran, Freiheit als die *conditio sine qua non* sowohl des individuellen wie auch des gesellschaftlichen Fortschrittes zu erweisen. Dass dies auch einen angemessenen Zugang aller Bürger zu den Bildungseinrichtungen voraussetzt, ist der Gegenstand einer kleinen Schrift von 1866 („Über Bildungsbeihilfen“). Nicht nur dieser Text, sondern weitere über „Die Negerfrage“ von 1850 und über „Die Macht der Sklaverei“ (1862) versehen das Mill-Bild mit interessanten Akzenten. Diese beiden Artikel bilden zusammen mit zwei Stücken zu außenpolitischen Problemen eine dritte Gruppe, die in der Sammlung unter der Überschrift „Die liberale Emanzipation der Menschheit“ steht.

Die Auswahl der Texte ist angesichts der Menge in Frage kommender Schriften (in der Gesamtausgabe füllen die Essays und Zeitungsartikel zahlreiche Bände) keine leichte Sache. Aber die Begründung, die die Herausgeber für ihre Zusammenstellung geben, zeigt, dass sie zielgerichtet vorgegangen sind. Sie wollten die Breite an Themen deutlich machen, zu denen Mill etwas zu sagen hatte, und sie wollten ihn eben auch als einen „liberalen Intellektuellen im politischen Handgemenge“ zeigen. Beides ist ihnen gut gelungen.

Für Mill war klar, dass es nicht genügt, Appelle an die Handlungsbereitschaft des für sich selbst entscheidungsfähigen Bürgers zu erheben. Vielmehr muss ein verantwortungsvolles Staatswesen auch die Mittel bereitstellen, die dazu beitragen, ihn überhaupt zur Ausübung solcher Selbststeuerung in die Lage zu versetzen. Mill war alles andere als ein schwärmerischer Kopf. Er wusste, dass auch der liberale Gedanke nur dann Leben und Kraft hat, wenn er sich auf Menschen bezieht, die Wesen aus Fleisch und Blut sind.

Berlin

Matthias Wolfes

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Ernst Troeltsch: Schriften zur Religionswissenschaft und Ethik (1903–1912).

Hrsg. von Trutz Rendtorff in Zusammenarbeit mit Katja Thörner, Berlin/Boston: De Gruyter, 2014 (= Kritische Gesamtausgabe, Band 6), 2 Bde., XXII u. 1355 S., ISBN: 978-3-11026-158-5

Geboten werden sechszwanzig Texte, die der Heidelberger Theologe und Religionsphilosoph Ernst Troeltsch (1865–1923) in den zehn Jahren seit 1903 publiziert hat. Darunter befinden sich alle thematisch einschlägigen Erörterungen, die Troeltsch im Anschluss an die sogenannte „Absolutheitsschrift“ (Die Absolutheit des Christentums und die Religionsgeschichte, Tübingen und Leipzig 1902) bis zu deren 1912 veröffentlichter Neuauflage verfasst hat. Mit der Edition dieses Werkes, das zu den wichtigsten im gesamten Œuvre gehört, ist 1998 die Kritische Gesamtausgabe eröffnet worden.

Eines der Anliegen Troeltschs war es, das Bewusstsein für die Geschichtlichkeit des christlichen Glaubens zu stärken. Das Christentum war für ihn nicht bloß ein kulturgeschichtliches Phänomen, dessen Ausstrahlungen es in sämtliche Bereiche der sozialen und weltanschaulichen Wirklichkeit zu erforschen galt. Zwar hat er sich selbst mit großen und zum Teil in äußerster Breite angelegten Studien an solcher historischen Arbeit beteiligt (vor allem mit den „Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen“ von 1912). Als Theologe aber war er vielmehr daran interessiert, die kritische Selbstwahrnehmung der wirklich glaubenden Glaubengemeinschaft zu schärfen. Zu diesem Zweck schien ihm ein historisches Verständnis des Christentums unabdingbar. Die in dem vorliegenden Band enthaltenen Schriften zeigen, auf welche Weise und in welcher Intensität er sich der damit gegebenen Aufgabe unterzogen hat.

Nun war Troeltsch in seiner Heidelberger Zeit auf ein Amt gestellt, das nicht zuletzt der akademischen Ausbildung späterer Pfarrer und Religionslehrer galt. Seine Hörer waren Theologiestudenten, die ein bestimmtes fachliches Rüstzeug zu erwerben hatten, um in Gemeinde und Schule wirken zu können. Wenn Troeltsch seine Vorstellungen über ein modernes Christentum entwickelte und sich dabei auf eine stark wissenschaftlich geprägte Kultur bezog, innerhalb derer die Religion und die religiöse Praxis bestehen können sollten, dann war er sich der Schwierigkeiten durchaus bewusst, die sich aus dieser Konstellation ergaben. Das Verhältnis von „Volksreligion“ und „Bildungsreligion“ hat ihn permanent beschäftigt. Die darin gegebene Spannung ist von ihm offen thematisiert worden. Sie zu verdecken, zu leugnen oder zu Lasten einer der beiden Seiten aufzulösen, schien ihm der Irrweg eines großen Teiles der Theologie seiner Zeit zu sein. Sie muss vielmehr ertragen werden, und zwar von jedem Theologen in eigener Person, letztlich sogar von jedem Glaubenden selbst, der sich denkend mit seinem Glauben beschäftigt. Denn in einer solchen Kultur wird auch die Volksreligion nach Klärung verlangen, andererseits die Bildungsreligion sich aber „von den Wurzeln der Volksreligion nie ganz entfernen dürfen, wenn sie religiöse Kraft und gemeinschaftsbildenden Trieb behalten will“ (Religionsphilosophie, 1907; im vorl. Band S. 575).

Man kann im Grunde alle in dem neuen KGA-Band versammelten Schriften auf diese Grundspannung zurückführen. Ob es sich um Studien zu Kant, Leibniz, David Friedrich Strauß oder Schleiermacher, um

Arbeiten zum Verhältnis von politischer Ethik und Christentum, zur Bedeutung von Psychologie und Erkenntnistheorie in der Religionswissenschaft oder zur Missionsaufgabe, zum „stoisch-christlichen“ Naturrecht in Bezug auf das „moderne profane“, um die Sozialphilosophie des Christentums oder die „Bedeutung der Geschichtlichkeit Jesu für den Glauben“ handelt, immer geht es Troeltsch im Kern darum, ein historisch aufgeklärtes und in diesem Sinne „modernes“ Religionsverständnis zu profilieren. Insofern sind auch die primär rekursiven Erörterungen von einer gegenwartsbezogenen Zielsetzung bestimmt. Gerade hierin liegt die Kraft, die von Troeltschs Denken ausstrahlt und die seinen besonderen Rang unter den theologischen Klassikern ausmacht.

Die thematische Umgrenzung – „Schriften zur Religionswissenschaft und Ethik“ – bezieht sich auf die Anordnung, die die Herausgeber der Kritischen Gesamtausgabe für die Edition des Troeltschschen Werkes getroffen haben. Gerade das Jahrzehnt seit 1902 weist eine ungeheure Fülle an Schriften unterschiedlichster Art auf. In anderen Bänden werden jene Texte aus diesem Zeitraum versammelt, die sich auf den Protestantismus beziehen (KGA 7 und 8), die zum Komplex der „Soziallehren“ gehören (KGA 9), alle Artikel für Enzyklopädien und Lexika (KGA 3) sowie die Rezensionen und Kritiken (KGA 4). Bei den abgedruckten Arbeiten handelt es sich in erster Linie um Beiträge zu Zeitschriften und Sammelbänden und um Artikel in der Tagespresse. Zehn Texte gehen auf Vorträge zurück, um deren Publikation der Verleger Paul Siebeck Troeltsch immer wieder gebeten hat. Fünf wurden als eigenständige Schriften veröffentlicht.

Wie bei allen anderen Bänden der Kritischen Gesamtausgabe wird das edierte Textcorpus durch eine ausführliche Einleitung der Bandherausgeber erschlossen. Trutz Rendtorff und Katja Thörner geben zunächst Hinweise zum biographischen und werkgeschichtlichen Kontext. Es folgen Ausführungen zur systematischen Grundlegung der Religionswissenschaft und Religionsphilosophie, also denjenigen Disziplinen, die Troeltsch zu relevanten Gesprächspartnern der etablierten protestantischen (dogmatisch fundierten) Theologie machen wollte, eine Zielsetzung, um derentwillen er auch den Vorwurf in Kauf nahm, sich selbst von der klassischen Ausrichtung des theologischen Konzeptes entfernt, wenn nicht gar entfremdet zu haben. Eine Theologie aber, die den geschichtlich beziehungsweise lebensweltlich gegebenen religiösen Phänomenen kein Interesse entgegenbringt, lief seiner Ansicht nach von vornherein in eine falsche Richtung. Troeltsch stellte sich offen in die Tradition Kants und Schleiermachers, wenn er die Notwendigkeit eines „wissenschaftlichen Studiums der Religion als einer Erscheinung oder Tätigkeit des menschlichen Bewußtseins“ betonte (S. 568). Eine solche Beschäftigung nannte er „Religionsphilosophie“, und der 1907 unter diesem schlichten Titel in der Kuno Fischer-Festschrift erschienene Beitrag gehört zweifellos zu den wichtigsten Stücken in diesem KGA-Band.

Es ist klar, dass Troeltsch von seinem empirisch ausgerichteten Ansatz aus auch ein starkes Interesse an der aktuellen Konkretion der Religion haben musste. Den von ihm veröffentlichten ethischen Stellungnahmen widmen die Herausgeber deshalb den abschließenden Abschnitt ihrer Einleitung. Sie gehen dabei über den Rahmen, der durch die zu erläuternden Schriften gesetzt wird, hinaus und beziehen ansatzweise die Resonanz mit ein, die Troeltsch in den betreffenden Debatten geweckt hat.

Auch seine zunehmende Annäherung an einen „gemäßigten Liberalismus“ (Gesammelte Schriften. Band II, Tübingen 1912, S. 84) und sein Eintreten für die Demokratisierung des Reiches kommen hier zur Sprache. Die Paten dieser gedanklichen Bewegung waren Max Weber und Friedrich Naumann. Zwar gehörte Troeltsch wohl (so die Herausgeber S. 35) niemals dem Nationalsozialen Verein an, doch spätestens seit 1905 trat er immer wieder als Anhänger Naumanns auf. Im vorliegenden Band findet

sich eine Gratulation „Friedrich Naumann zu seinem 50. Geburtstag am morgigen 25. März [1910]“, die man zu den Perlen der liberalen Publizistik in der Spätphase der Wilhelminischen Ära rechnen kann. Troeltsch bezeichnet hier die „Demokratisierung unseres Volkes“ als einen „von der welthistorischen Lage geforderten Prozeß“ (S. 49).

Alle Texte werden, den Grundsätzen der Ausgabe folgend, durch einen Editorischen Bericht eingeleitet. Hier haben die Bandbearbeiter zum Teil erhebliche Forschungsarbeit geleistet, so etwa, um nur ein kleines Beispiel zu nennen, wenn sie den politischen Kontext eines lediglich wenige Sätze umfassenden Beitrages zu der Frage „Wie urteilen Theologen über das kirchliche Stimmrecht der Frauen?“ von 1905 eingehend darstellen. Zu anderen Schriften, zum Beispiel derjenigen über „Die Trennung von Staat und Kirche, der staatliche Religionsunterricht und die theologischen Fakultäten“ von 1907, geben sie ausführliche Erläuterungen zu komplexen religionspolitischen und theologischen Sachverhalten. Dieser Text geht auf die Rede zurück, die Troeltsch am 22. November 1906 bei dem „Jahresfest der Universität“ in seiner Eigenschaft als Heidelberger Prorektor gehalten hat. Den Herausgebern stand ein Handexemplar aus Privatbesitz zur Verfügung, das eine Reihe handschriftlicher Marginalien enthält.

Überhaupt geben die Editorischen Berichte einen guten Eindruck von der Stellung, die Troeltsch innerhalb der vielfältigen, höchst lebendig geführten Auseinandersetzungen um theologische und religionspolitische Themen eingenommen hat. In besonders evidenter Weise geht dies aus der Diskussion hervor, die sein Vortrag über die Naturrechtsproblematik auf dem Ersten Deutschen Soziologentag in Frankfurt am Main am 21. Oktober 1910 ausgelöst hat. *En detail* wird berichtet, wie es zu der Einladung gekommen ist, welche Erwartungen an den Beitrag gestellt wurden und welche Komplikationen dann noch einmal die Drucklegung begleitet haben. Auch die Kenntnis des komplizierten Verhältnisses Troeltschs zu Max Weber wird in diesem Zusammenhang um eine neue Facette bereichert. Die Frankfurter Ausführungen selbst provozierten eine engagierte Diskussion, die anhand der Erstpublikation von 1911 im vorliegenden Band vollständig abgedruckt ist. Die Votanten waren Ferdinand Tönnies, Weber, Eberhard Gothein, Georg Simmel, Ernst Kantorowicz und Martin Buber.

Einige der im Band enthaltenen Schriften gehören zu denjenigen Texten, die Troeltsch besonders markant als hochkompetenten Zeitdiagnostiker zeigen. Dazu zählen die Abhandlung über „Politische Ethik und Christentum“ von 1904, der Aufsatz über „Das Wesen des modernen Geistes“ von 1907 und derjenige über „Autonomie und Rationalismus in der modernen Welt“ aus dem gleichen Jahr. Von besonderem Interesse für die Einschätzung des Theologen Troeltsch sind seine Aufsätze über „Religiösen Individualismus und Kirche“ (1910), über „Die Sozialphilosophie des Christentums“ (1911) und über die Frage der Historizität Jesu in ihrer Bedeutung für den Glauben von 1911.

Eine gewisse Sonderstellung unter den edierten Texten nimmt die Abhandlung über „Das Historische in Kants Religionsphilosophie“ ein. Sie stellt den Beitrag dar, den Troeltsch zum neunten Band der „Kant-Studien“ (1904) beigesteuert hat, der ganz im Zeichen von Kants hundertstem Todestag stand. Obwohl er sich „tausend mal“ für die unmäßige Länge entschuldige, mutete Troeltsch dem Herausgeber, Hans Vaihinger, hier doch einiges zu. Im Druck machte der Text mehr als einhundertunddreißeig Seiten aus. Etwas später erschien eine Separatausgabe, von der den Bandherausgebern ebenfalls ein Handexemplar mit Marginalien zur Verfügung stand.

Troeltsch hat gelegentlich seine Untersuchungen in der Weise zusammengefasst, dass „die Ergebnisse sich über die gesamte Auffassung von Wesen und Geschichte des Christentums überhaupt“ erstrecken

(Gesammelte Schriften. Band I, Tübingen 1912, S. 966; es handelt sich um eine Passage aus dem „Schluß“ der „Soziallehren“). Diese Selbstdeutung trifft auch auf die in diesem KGA-Band enthaltenen Schriften zu. Sie argumentieren von einer soziologisch-historisch inspirierten Religionstheorie aus, deren wichtigster Protagonist Troeltsch selbst gewesen ist. Zugleich läßt sich im Blick auf diese Religionstheorie auch verstehen, weshalb sein Werk im Ganzen so unabgeschlossen geblieben ist. Die Aufgabe, der er sich unterzogen hat, ist ihrer Natur nach unabschließbar, und insofern handelt es sich hierbei, wie Rendtorff und Thörner mit recht festhalten, um „eine Konsequenz seiner sensiblen Beachtung der komplexen Beziehungen zwischen den religionstheoretischen Suchbewegungen und einer dezidierten Wahrnehmung der konkreten, tatsächlichen Religion“ (S. 49).

Berlin

Matthias Wolfes